

„Das ist die Tradition der Barrikaden, des Bürgerkriegs und des Königsmordes. Das sind die wahren liberalen Traditionen, und der einzige Grund, warum sie heute nicht mehr existieren, besteht darin, daß die Liberale Partei zu existieren aufgehört hat.“

Wir haben eine konstitutionelle Partei aufgebaut. Wir haben sie auf einer sozialistischen Grundlage errichtet. Meine Freunde Sidney Webb, Ramsay MacDonald und ich selbst haben zu Beginn unserer Bewegung eindeutig gesagt, daß wir die sozialistische Partei zu einer verfassungstreuen Partei machen wollen, der jeder anständige, gottesfürchtige Mensch angehören kann, ohne seine Achtbarkeit nur im geringsten dadurch in Frage zu stellen. Wir haben mit allen jenen liberalen Traditionen gebrochen.

Das ist auch der wahre Grund dafür, daß die Regierungen vor uns einen weitaus größeren Schrecken haben, als sie jemals vor jenen bürgerlichen Radikalen empfunden hat.“

Shaw fuhr fort, daß die Regierung sich ständig in die kapitalistische Wirtschaft hineinmische, ein Wirtschaftssystem, das seit seinem Beginn kein einziges Versprechen, das es gegeben, erfüllt hätte.

„Unser Produktionssystem ist ganz lächerlich. Wir erzeugen Sopperdige Automobile, während dringend mehr Häuser gebaut werden müßten. Wir erzeugen Luxusgüter, während Kinder hungern. Der Sozialismus läßt darüber keinerlei Zweifel, daß er die Notwendigkeit einer Überwachung der Verteilung fordert. Wir haben damit zu beginnen, und wenn das Privateigentum einer richtigen Güterverteilung innerhalb der Gesellschaft im Wege steht, so muß es verschwinden. Wenn wir zur Macht kommen, müssen wir etwas für den Durchschnittsmenschen leisten und nicht vergessen, daß er die sozialistischen Theorien keineswegs besser versteht, als er die kapitalistischen verstanden hat.“

Wir müssen einen Stand der Dinge verwirklichen, unter dem der gewöhnliche Mensch, auch dann, wenn er kein nationalökonomischer oder politischer Forscher ist, Arbeit finden kann, wo jeder Mensch für seine Arbeit anständig bezahlt wird. Es ist wirklich bemerkenswert, was sich bei meinen Lebzeiten unter unseren Augen abgespielt hat. Wir haben uns großen Kaiserreichen mit uralten Traditionen gegenüber gesehen, und es schien völlig aussichtslos, daß wir sie jemals los werden würden. Drei von diesen Kaiserreichen sind in den jüngst vergangenen Jahren wie Spreu im Winde hinweggefegt worden.

Das muß eine große Lehre für uns sein. Es zeigt uns, daß wir ernsthaft ans Werk gehen müssen und daß wir die Regierungstechnik erlernen müssen. Wir müssen bereit sein, falls unsere Zeit kommt.

Wir brauchen eine Beamtenschaft, welche die Aufgabe einer militärischen Organisation und die Loyalität eines religiösen Ordens besitzt. Wir werden die Kontrolle der Finanzen, des Nationaleinkommens und der Güterverteilung übernehmen müssen.

Aber was wir vor allem brauchen, sind gute Regierungsmethoden und wir haben sie uns zu schaffen. Ich möchte sagen, daß das die wirklich große Aufgabe ist, der wir gegenüberstehen. Karl Marx hat einen Mann aus mir gemacht. Der Sozialismus hat einen Mann aus mir gemacht. Sonst wäre ich genau dasselbe wie meine literarischen Kollegen, die ebensoviel literarische Fähigkeiten besitzen wie ich. Der Sozialismus ist es auch, der einen Mann aus H. G. Wells machte, und er hat auch etwas geleistet. Aber seht Euch einmal die übrigen Literaten an, und Ihr werdet begreifen, warum ich so unverhältnismäßig stolz darauf bin, ein Sozialist zu sein. Als ich Karl Marx gelesen und dadurch meine Auffassungen geändert hatte, wußte ich, wo ich stand.“

Shaw erinnerte an die Regierungszelt MacDonald und stellt fest, daß es dem Land unter jener Re-

gierung verhältnismäßig gut gegangen sei und daß es damals wußte, daß es keine Dummheiten in der Außenpolitik zu fürchten habe. Seit Baldwin die Zügel in die Hand genommen hatte, hätte man keinen ruhigen Moment befehlen.

„Ich hoffe, daß mir die nächsten Wahlen — trotz der Unterdrückung der Redefreiheit im Radio — größeres politisches Wohlbehagen bereiten werden, als in meinen siebzig Jahren. Ich bin ein wenig ungeduldig, uns wieder im Harnisch zu sehen. Ich bin nunmehr siebzig,“ schloß Shaw, „und ich kann sagen, was so wenige Menschen von sich sagen können, daß ich den richtigen Schritt getan habe, als ich mich als junger Mensch entschloß, zu der Arbeiterbewegung zu stoßen.“

Reichsregierung und militärische Verbände.

Wo bleibt die Achtung vor den Reichsgesetzen?

Ein Reichsgesetz vom März 1921 verbietet Vereinigungen jeder Art, sich mit militärischen Dingen zu befassen, namentlich die Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden. Kleinkaliberwaffen fallen nicht unter diese Bestimmungen. Deswegen ist der Kleinkalibersport, sofern er als Selbstzweck geübt wird, erlaubt. Verboden ist es dagegen, Kleinkaliberwaffen zum Zweck der militärischen Ausbildung also bei militärischen Geländen und ähnlichen Übungen zu verwenden.

Die Rechtsverbände haben sich an die bestehenden Vorschriften keineswegs streng gehalten. Sie betreiben fast überall den Kleinkalibersport nur als Vorwand zur rein militärischen Ausbildung ihrer Mitglieder. Wo der positive Beweis hierfür erbracht ist, müssen diese Verbände ohne weiteres aufgelöst werden, und ein Minister, der trotz Kenntnis der Sachlage einen derartigen Schritt nicht tut, verstößt gegen die klaren Bestimmungen des Reichsgesetzes vom März 1921. Auch solche Vereinigungen sind aufzulösen und zu verbieten, die ohne ihre Mitglieder im Waffenhandwerk auszubilden, Felddienst- und Kampfübungen nach militärischer Art veranstalten mit dem Zweck militärischer Ausbildung. Bei solchen Verbänden ist ohne weiteres der Verdacht berechtigt, daß sie darauf abzielen, eine Truppe zu schaffen, die bei etwaigen innerpolitischen Verwicklungen in der Lage ist, nach militärischen Gesichtspunkten kämpfend aufzutreten, sobald sie in den Besitz von Waffen gelangt ist. In den meisten Fällen, wo diese Voraussetzungen gegeben sind, besitzen die Rechtsverbände natürlich in einem Scheinwinkel auch Waffen mindestens kleineren Kalibers.

Die Umgehung dieser reichsgesetzlichen Bestimmungen durch die rechtsradikalen Verbände ist insbesondere in Württemberg und Bayern an der Tagesordnung. Immer wieder geschehen dort Dinge, die für den Reichsinnenminister längst hätten Anlaß sein müssen, die zuständigen Regierungen auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, und wenn das nichts nützt, von sich aus die Unfug treibenden Vereine aufzulösen. Die Reichsgesetze bestehen, damit sie durchgeführt werden, und wo eine Landesregierung sich trotz aller Beweise weigert, den reichsgesetzlichen Bestimmungen durch Verbote zu entsprechen, hat der Reichsinnenminister die Pflicht, von sich aus durchzugreifen, wenn die Reichsgesetze nicht zu einem öffentlichen Spott werden sollen. Blätter wie die „Deutsche Zeitung“ weisen schon heute höhnisch darauf hin, daß das Reich soviel Befehle erlassen könne, wie es wolle, die Länder schalten trotzdem nach eigenem Belieben, da sie sich vor einer Initiative des Reichsinnenministeriums sicher fühlen. Sollen sich im Reichsinnenministerium Zustände entwickeln, die von denen im Reichswehrministerium nicht mehr allzusehr entfernt sind?

Seekt und Walsh.

Das Reichswehrministerium bestreitet jede Intrige.

WTB. teilt mit: Nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag“ vom 29. Juli stellt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ die Behauptung auf, daß die letzte Note des Generals Seekt über die Stellung des Generals von Seekt auf eine Intrige des deutschen Verbindungsoffiziers zwischen dem Reichswehrministerium und der interalliierten Kontrollkommission zurückzuführen sei.

Hierzu wird antwortlich bemerkt, daß die Behauptung des „Daily Telegraph“ von Anfang bis zu Ende auf freier Erfindung beruht, und daß die gegen den genannten Offizier erhobene schwere Beschuldigung von der Reichsregierung auf das entschiedenste zurückgewiesen wird. Ueber den tatsächlichen Sachverhalt erfahren wir im übrigen folgendes: Die letzte Note des Generals Seekt vom 2. Juli über die Stellung des Chefs der Heeresleitung geht zurück auf einen Beschluß der Botenkonferenz vom 14. April dieses Jahres zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Januar dieses Jahres über die „Befehlsbefugnisse im Reichssee“. Dieser Beschluß fordert die Uebertragung der Generalinspektion der Truppen an einen der beiden Gruppentendanten. Er ist der deutschen Regierung durch eine Note vom 25. Mai und vom 27. Mai mitgeteilt und von der deutschen Regierung durch die Note vom 22. Juni in ablehnendem Sinne beantwortet, vom General Walsh in der Note vom 2. Juli wieder aufgerollt worden.

Die Mehlsölle.

Annahme der ermäßigten Zölle im Reichsrat.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Reichsinnenministers Kätz eine öffentliche Sitzung ab, in der er sich hauptsächlich mit der Verordnung der Reichsregierung beschäftigte, die ab 1. August bis auf weiteres niedrigere Zollsätze für Mehl und sonstige Mältereierzeugnisse festsetzt. Nach der Vorlage sollen die Zollsätze für Mehl aus Hafer und Gerste 14 Mark, für sonstiges Mehl 10 Mark, für Graupen und Grieß sowie sonstige Mältereierzeugnisse aus Gerste 14 Mark und sonst 10 Mark pro Doppelzentner betragen. Diese Zollsätze sollen am 1. August in Kraft treten.

Ein bayerischer Antrag wollte die Zollsätze erhöhen. In namentlicher Abstimmung wurde der bayerische Antrag mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt und die Vorlage wurde nach der Regierungsabstimmung mit der Aenderung angenommen, daß der Zeitpunkt des Außerkräfttretens der ermäßigten Zölle nicht allein von der Reichsregierung, sondern nur im Benehmen mit den Instanzen, die bei der Einführung mitgewirkt haben, bestimmt werden darf.

Vom Stahlhelm erstochen.

Düsseldorf, 29. Juli. (TL.) Gestern Abend kam es hier in der Erbacher Straße zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Stahlhelm. Dabei wurde der Reichsbannerangehörige Stallmeister Peter Erdmann durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus verschied. Weiter wurden zahlreiche Stahlhelmlaute sowie auch Reichsbannerleute durch mehrere Messerstiche schwer verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Hentig amnestiert.

Gegen seinen Willen.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat jetzt entsprechend einem Antrage des Oberstaatsanwalts das gegen den Münchener Kriminalpsychologen Dr. Hans Hentig als angeblichen Organisator des „mitteldeutschen Kommunistaufstandes“ im Spätherbst 1923 eingeleitete Hochverratsverfahren eingestellt. Dieser Schritt wird mit der Amnestieverordnung begründet, obwohl von vornherein klar war, daß ein Prozeß gegen Hentig zu einer neuen Niederlage der Justiz führen würde.

Weltkunst oder Völkerkunde?

Das Museum für Völkerkunde, Adolf Bastians Wert, von dem Robert Breuer in Nummer 144 gesprochen hat, ist gerade im Sinne Breuers und jedes einsichtigen Menschheitsliebenden noch weit entfernt vom dem Ideal, das uns voranschwebt: Vermittler zu den Herrlichkeiten der Weltkunst zu sein.

Wir wollen nur kurz von der unerhörten Art reden, in der hier die Baubureaukratie die Leitung der ganzen Angelegenheit an sich gerissen hat. Der Umbau des Museumsinneren durch „den Architekten der staatlichen Museen“, den Regierungsrat Bille, bedeutet auf der ganzen Linie ein Vergehen dieser amtlichen Reichbreiteweisheit. Das Ineinanderschachteln vieler nur künstlich zu beleuchtender Räume ginge zur Not noch an: unmöglich aber ist die Selbstherrlichkeit, mit der vielfach kostbare Originale und Gipsabgüsse wahllos zur Dekoration verwendet werden. Ein Skandal ist der Anstrich der Wände und Schränke. Hier sind nicht nur die trostlosesten Nuancen von Braun, die unser Auge beleidigen können, herausgestellt worden: diese unerträglichen, zum Gähnen reizenden Mischöne scheinen auch noch mit Fleiß allenthalben so gewandt zu sein, daß sie die ausgelegtesten Gegenstände totmachen. Röllige Keramik verschwindet vor rölliger Tönung, graue Steine vor grauer Wand. Und so weiter: und für diesen ästhetischen Bankrott waren Millionen Goldmark und Jahre saurer Arbeit notwendig!

Kommen wir zu dem Museum selber, das heißt, zu den Herrlichkeiten von vier Erdteilen.

Hier sind so unermeßliche Schätze angehäuft, daß man trotz aller Hemmungen nur predigen kann: geht hin und nochmals hin und staunt über das Wunder menschlicher Vielseitigkeit! Kein Museum der Welt vermag so andächtig zu stimmen, wie diese von Gelehrten der „Völkerkunde“ zusammengebrachten Kunstgegenstände (genannt Kolonialvölker (zu denen ja der Bahamwäy des europäischen Kapitalismus u. a. auch China und Indien rechnet, vor deren ästhetischer Kultur unser Hochmut sich tief zu beugen hat). So wie es ist, ist es immer noch das reichste, das köstlichste Museum Berlins.

Aber: was will es denn eigentlich sein? Unter welchen Gesichtspunkten ist dieses Schatzes des ehemaligen Bestandes im „Museum für Völkerkunde“ aufgestellt? Antwort gibt das immer noch vorherrschende Durcheinander von rein ethnologischen Objekten, Beweismaterial für die Wissenschaften der Sittengeschichte, Rassenforschung, Oekonomie usw. — und edelster Werte der Kunst und des Kunstgewerbes, gibt die unglaubliche Tatsache, daß im Erdgeschloß Meisterwerke japanischer und chinesischer Skulptur „völkerkundlich“ geordnet, im daneben liegenden Ostasiatischen Museum die nämlichen Dinge als Werke hoher Kunst (und mit feinstem Verständnis und musealem Geschmac) dargeboten werden.

Der Kultusminister hat versprochen, daß diese beiden einander ins Gesicht schlagenden Abteilungen der Staatsmuseen demnächst durch eine herrliche Mialtbrücke verbunden werden, und hat den grausamen Hohn auf die preußische Kulturauffassung gar nicht gespürt, der darin liegt.

Die Frage lautet klipp und klar: gehören die indischen Reliefs, die chinesischen Buddhasfiguren, gehören die peruanischen Tonggefäße, die Bronzen von Benin, die Tanzmasken der Südvölker und all die fabelhaften Schnitzereien und Kunstgegenstände dieses ungeheuren

Museums ins Gebiet der hohen Kunst oder sind es belächelnswerte Ausgeburt menschlichen Aberglaubens und kindlicher Unfähigkeit? Wir scheitern: die Verwaltung der staatlichen Museen steht noch auf dem Standpunkt von 1880: das Museum für „Völkerkunde“ ist für die Ethnographen da und zur Erhöhung der lieben Europäer, die sich vor diesen Sachen lächelnd bewundert werden, wie erhaben sie über dem kindlichen „Wilde“ stehen.

Das ist aber eine bitterböse Selbsttäuschung und ein Ausfluß übersteter Ueberheblichkeit. „Völkerkunde“ gehört in die Studienabteilung für die Wissenschaftler in Dahlem, wo die ausgeschiedenen fünf Schachtel der alten Sammlungen eine Sätte finden sollen. Es scheint, daß man von dort noch ein gut Teil unschätzbare Kunstwerke nach der Königgräber Straße holen und dort umgekehrt von hier sehr vieles in die Studienabteilung nach Dahlem übergeführt werden könnte. Ordnete man das Museum für Weltkunst nach diesem Gesichtspunkte um, so würde keine Bestimmung sofort offenbar werden.

Dann nämlich dürfte es nicht mehr „Museum für Völkerkunde“ heißen, sondern Museum für Weltkunst. Dann, aber erst dann, würde auch der Vale merken, daß er hier kein Kuriositätenkabinett vor sich hat, sondern ein Museum der hohen Kunst, das sich gleichberechtigt neben das Kaiser-Friedrich-Museum und das Altes Museum stellt. Dann erst wäre Adolf Bastians Lebenswerk gekrönt; allerdings kaum ganz so, wie er es aufgesetzt hat, wohl aber in einem freien und zukunftsreichen Sinne, wie wir, die Lebenden, es wünschen. Und natürlich müßten auch die bedeutendsten Kunstwerke der Prähistorie den Sammlungen eingegliedert werden.

Für viele klingt es noch verwunderlich, daß die Regierender und Kongoneger vor einem halben Jahrtausend Kunstwerke heroverbracht haben, die denen der „Renaissance“ ebenbürtig sein sollen. Aber sie werden umlernen, wie sie schon in der Wertung deutscher Gotik, byzantinischer Kunst und ägyptischer Skulptur umgelernt haben. So freilich, wie die „völkerkundlichen“ Sammlungen sich heute präsentieren, gehört redlicher Wille dazu, dies einzusehen. Wer diesen Willen mitbringt, wird auch heute schon überwältigende Eindrücke dort empfangen.

Dr. Paul F. Schmidt.

Georg Weerth, den Engels den „ersten Dichter des deutschen Proletariats“ nannte, starb heute vor 70 Jahren. Er war 1821 als Sohn eines Generalinspektors in Detmold geboren, wurde Kaufmann, arbeitete 1848 mit Marx, Engels und Freiligrath in der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“, mußte wegen seines Buches „Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphahnflügel“ ins Gefängnis und ging dann ins Ausland. In Havanna ist er gestorben. Die junge Generation kennt ihn kaum. Sie sollte ihn kennen lernen. Weerth war nicht nur ein früher Prophet und Märtyrer des proletarischen Befreiungskampfes, sondern auch ein sozialer Dichter von Wucht und Tiefe. In der Balladenform fand er seine stärksten und eleganten Töne. Wir geben in der heutigen Nummer von „Unterhaltung und Wissen“ eine Probe aus seinen „Nedern aus Lancashire“.

Der Fortbestand der Meißener Porzellanmanufaktur gesichert. Die sächsische Regierung hat durch zwei Sachverständige die wirtschaftlichen Verhältnisse der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißens prüfen lassen. Auf Grund des Gutachtens hat der sächsische Landtag auf Antrag der Regierung 2,25 Millionen Mark bewilligt, die

zur Sanierung der Manufaktur verwendet werden sollen. Das Weiterbestehen der Manufaktur, die in der letzten Zeit in ernsthafter Schwerkriegslage geraten war, ist damit gesichert, was im kulturellen und künstlerischen Interesse nur begrüßt werden kann.

Der deutsche und der amerikanische Film. Auf der in Düsseldorf am Dienstag beendeten Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbetreiber spielte das Verhältnis der deutschen zur amerikanischen Filmindustrie eine wesentliche Rolle. In einem Vortrag über diese Frage wies der Vorsitzende des Kongresses, Kommerzienrat Scheer-Wünchen, darauf hin, daß im Vorjahre von 280 in Amerika produzierten Filmen 250 auch in Deutschland eingeführt wurden, während nur fünf deutsche Filme in der gleichen Zeit den Weg nach Amerika fanden. Das sei eine unholbare Situation. Der Redner forderte eine Zusammenarbeit der amerikanischen und deutschen Filmindustrie zur Schaffung eines Weltfilms, der dem europäischen und amerikanischen Geschmack entspreche. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde gefordert, daß die Lustbarkeitssteuer allmählich auf den Durchschnitt von 10 Proz. gesenkt werden müsse. Den für den Herbst d. J. vom Völkerbund geplanten europäischen Filmkongress in Paris werde die deutsche Filmindustrie nicht bescheiden, falls die Absicht, die Verhandlungssprache nur auf Französisch und Englisch zu beschränken, durchgeführt werde.

Shaw über die Lösung der sozialen Frage. Ein Norweger hat Shaw zu seinem siebzigsten Geburtstag gratuliert und bei ihm gleichzeitig angefragt, warum er pessimist sei. Bernard Shaw antwortete mit den folgenden für ihn charakteristischen Sätzen: „Ich bin kein Pessimist, aber ich bin nicht davon überzeugt, daß die Kräfte des Lebens mit dem Menschen mehr Glück haben als sie es mit anderen Experimenten hatten. Bisher ist es den Menschen nicht gelungen, die sozialen Probleme, die mit dem Zusammenwachsen der Menschen in der zivilisierten Gesellschaft entstanden sind, zu lösen. Aber wenn der Mensch das nicht kann, aber richtiger gesagt nicht will (denn die Probleme sind an und für sich leicht zu lösen), bin ich nicht im Zweifel darüber, daß die Kräfte des Lebens das eine oder andere höherstehende Tier hervorbringen werden, das sowohl kann als will.“

Wilhelm als Theologe. Die von Wilhelm II. im „Current History“ aufgestellte Behauptung, daß das Ziel der neuüblichen Bewegung in Amerika, die ethische Lehre Christi zu akzeptieren, nichts anderes als der Versuch sei, Christus der Welt zu rauben, veranlaßt das amerikanische Blatt den Führer der neuüblichen Bewegung, Rabbinder Wise, zu der Ansicht des Erklärers Stellung zu nehmen. Die prompt erfolgte Antwort des Rabbinders Wise lautete dahin, daß der Ausschlag Wilhelms II. beweise, daß er ein vollkommener Ignorant auf dem Gebiete der theologischen Wissenschaften sei.

Duchins Sterbekammer als Museum. In Romingrad wird von der Akademie der Wissenschaften in der Wohnung, in welcher seinerzeit der Dichter Vukasin an einer im Dnepr erhaltenen Wunde starb, als literarisch und kulturgeschichtliches Museum eingerichtet werden. Dieses Museum soll ein Bild des russischen Lebens zur Zeit Vukasins geben.

1210 000 M für ein Gemälde. In dem Auktionslokal von Christie in London wurde das Porträt von King Edward von Romney zum Rekordpreis von 1210 000 M versteigert. Dies ist der höchste Preis, der jemals für ein Bild auf einer Auktion bezahlt worden ist.

Die beiden Mecklenburge.

Staatsstreit über Klöster. — Ist Strelitz noch ein eigener Staat?

In die Zeiten übelster Kleinstaaterei führt eine Erklärung zurück, die im Mecklenburgischen Landtage von Strelitz der Staatsminister Justaadt abgab. Es handelt sich um einen Streit um Vermögensobjekte, und zwar um jene Liegenschaften, die den früheren „adligen Stiften“ oder „Landeslöstern“ gehörten, die von Mecklenburg-Schwerin auf Grund der republikanischen Verfassung eingezogen und dem Vermögen des Staates zugeschlagen worden sind. Das kleinere Mecklenburg-Strelitz, dessen adlige Töchter auch ihre Verjüngung in diesen Klöstern gefunden hatten, erhebt gleichfalls Anspruch auf den Vermögensgegenstand. Es hat aber erst beim Staatsgerichtshof deshalb klagen müssen, und diese Klage ist noch nicht entschieden.

Einstweilen hat aber der Staatsgerichtshof sich mit der wichtigen Unterfrage beschäftigen müssen, ob der Freistaat Mecklenburg-Strelitz überhaupt noch ein eigener Staat sei oder ob er nicht, wie die verlassene Brandenstein-Regierung von Schwerin behauptete, durch das vormalige Erbfolgerecht der Großherzöge schon im Jahre 1918 zu einem Teil von Mecklenburg-Schwerin herabgesunken sei. Der Staatsgerichtshof hat mit vielen und zweifellos zutreffenden juristischen Gründen die Weiterexistenz des Freistaates Strelitz für berechtigt gehalten. Ueber Gegenstand und Verlauf des Streites führte Dr. Justaadt aus:

Das Land Mecklenburg-Schwerin hat durch seine Verfassung von 1920 die drei Landesklöster Dobbberin, Malchow und Ribnitz aufgehoben und das gesamte Vermögen der Klöster auf den Staat Mecklenburg-Schwerin übergehen lassen. Die Klagen aus dem Vermögen der drei Landesklöster wurden bis zum Jahre 1918 dazu verwendet, den Töchtern aus den Familien des eingeborenen und verarmten Adels sowie den Töchtern städtischer Magistratsmitglieder Unterhalt für Lebenszeit zu gewähren. Die Mecklenburgische Ritterschaft hat gegen diese Bestimmungen der Schweriner Verfassung zunächst bei den ordentlichen Gerichten Klage erhoben. Die Klage ist im wesentlichen ohne Erfolg geblieben.

Mecklenburg-Strelitz, das bis zur rechtsgültigen Entscheidung über die Klage der Ritterschaft sich abwartend verhielt, hat indessen seine auf öffentlichem Recht beruhenden Ansprüche nicht aufgegeben und verschiedentlich mit der Schweriner Regierung Verhandlungen eingeleitet gesucht. Die Schweriner Regierung hat sich jedoch stets ablehnend verhalten. Der Staat Mecklenburg-Strelitz hat darauf im April 1925 bei dem zuständigen Staatsgerichtshof, dem Reichsgericht in Leipzig, Feststellungsklage gegen Mecklenburg-Schwerin erhoben, daß Mecklenburg-Schwerin nicht berechtigt sei oder war, ohne Zustimmung von Mecklenburg-Strelitz die genannten Klöster aufzuheben und deren Vermögen zu übernehmen. Mecklenburg-Schwerin hat gegen diese Feststellungsklage Gegenklage erhoben und zugleich Feststellungsklage eingereicht, wonach festgestellt werden sollte, daß der Staat Mecklenburg-Strelitz am 23. Februar 1918, dem Todestage des letzten Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, dem Staat Mecklenburg-Schwerin angefallen sei und seitdem rechtlich einen Teil desselben bildet, und daß ferner Mecklenburg-Strelitz nur auf dem im Artikel 18 der Reichsverfassung vorgesehenen Wege wieder ein selbständiges deutsches Land werden könne. Zur Begründung dieses Antrages hat Mecklenburg-Schwerin angeführt, daß nach dem Tode des letzten Großherzogs in Mecklenburg-Strelitz der damalige Großherzog von Schwerin Thronfolger geworden und damit Mecklenburg-Strelitz mit Mecklenburg-Schwerin vereinigt worden sei. Mit diesem Hauptargument wurde die Gegenklage geführt.

Die Feststellungsklage des Staates Mecklenburg-Schwerin hat dann am 5. Juni dieses Jahres zu einer Zwischenentscheidung des Staatsgerichtshofes geführt, wonach „der Freistaat Mecklenburg-Strelitz ein Land im Sinne der Reichsverfassung“ sei. In der Begründung zu diesem Zwischenurteil wurde vom Staatsgerichtshof ausgeführt, daß Mecklenburg-Strelitz bei Erlaß der Reichsverfassung ein Bundes- bzw. Einzelstaat war. Er hatte sich und Stimme im Bundesrat. Die Wahlordnung für die Wahlen zur Nationalversammlung führte ebenfalls unter „einzelne Bundesstaaten“ Mecklenburg-Strelitz auf. Auch zu jener Zeit sei also Mecklenburg-Strelitz von der Reichsgewalt als selbständiger Bundesstaat anerkannt worden. Mecklenburg-Strelitz erhielt ferner im vorläufigen Staatsauschuß, der später in den Reichsrat übergeführt wurde, sich und Stimme. Mecklenburg-Strelitz sei deshalb ununterbrochen vom Tode des letzten Großherzogs bis zum Erlaß der Reichsverfassung und darüber hinaus von den Reichsgewalten, insbesondere auch von der Nationalversammlung, als selbständiger Staat innerhalb des Deutschen Reiches anerkannt und als „Land“ durch die Reichsverfassung bestätigt worden.

Nachdem also nun der Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simon die Existenzberechtigung des Kleinstaat Mecklenburg-Strelitz und damit auch seine Klageberechtigung festgestellt hat, wird der gleiche Staatsgerichtshof demnächst auch Termin über das Anrecht an dem Klostervermögen abhalten.

Nun ist es zweifellos für die Strelitzer von großem Wert, daß sie die juristische Existenz ihres Staates auch noch schriftlich bestätigt bekommen haben. Aber wir anderen fragen uns doch, ob nicht dieser Streit zwischen zwei benachbarten und stammesverwandten Landesteilen ein neuer Beweis für den Unfug der Kleinstaatlichen Zerissenheit unseres Reiches ist. Wenn auch der Brandensteinische Anspruch, daß Mecklenburg-Strelitz schon auf Grund des alten Erbfolgerechtes zu Schwerin gehörte, ein komisches Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten darstellt, so sollte doch der ganze Fall Anlaß geben, zu überprüfen, ob nicht die durch gemeinsame Sprache, Sitte und Ueberlieferung so nahe verwandten beiden Mecklenburgs dem Beispiel der thüringischen Staaten folgen und sich zusammenschließen müßten.

Magdeburg.

Nicht Morduntersuchung, sondern politische Aktion?

Magdeburg, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach der zweiten „Beilage“ des Konfliktes zwischen dem Magdeburger Gericht und den Berliner Kriminalkommissaren ließ die Linkspreffe das Bestreben erkennen, die öffentliche Diskussion abzubrechen, bis die neuen Beamten zu einem abschließenden Ergebnis gekommen wären. Aber wieder ist es der Untersuchungsrichter bzw. Tenholt, die die Öffentlichkeit von neuem alarmieren und dazu die Hugenbergspreffe benutzen. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und in der „Nachtausgabe“ wird mitgeteilt, daß Landgerichtsrat

Poincarés Gesetze im Ausschuss genehmigt.

Ein zweckloses, weil unzureichendes Opfer.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Donnerstag vormittag die Diskussion der Finanzentwürfe Poincarés fortgesetzt. Die Diskussion war ziemlich lebhaft um einige Abänderungsanträge, die von verschiedenen Mitgliedern eingebracht worden waren. Als Poincaré davon erfuhr, begab er sich sofort persönlich vor die Kommission, wo er nochmals erklärte, daß er

keine Abänderungsvorschläge annehmen

werde, außer demjenigen, der einen Kredit von 6 900 000 Franken zur Erhöhung der parlamentarischen Diäten auf 45 000 Franken pro Abgeordneter vorsieht. Der Entwurf wurde dann in unveränderter Form

mit 19 gegen 13 Stimmen

bei einer Enthaltung angenommen. Da 24 Stunden zwischen der Annahme eines Entwurfes durch eine parlamentarische Kommission und der Diskussion im Plenum verstreichen müssen, wird die Debatte in der Kammer erst am Sonnabend vormittag begonnen. Irgendeine Gefahr, daß die Kammer im Plenum die Vorlage ablehnen könnte, besteht nicht, wenn auch Poincaré voraussichtlich nicht mehr die starke Mehrheit

um sich scharen wird, die er bei der Abstimmung am Dienstag erhielt. Man sieht nicht gut, wie ihn die reaktionären Parteien der Kammer und der Teil der Radikalsozialisten, die ihm am Dienstag zustimmten, nachdem sie seinen Regierungsantritt mit allen Mitteln herbeigeführt und löbend begrüßt hatten, jetzt in entscheidender Stunde im Stich lassen könnten. Die auf die sozialistische Partei beschränkte Opposition soll, wie verlautet, beabsichtigen, sich an der Debatte über den Finanzentwurf Poincarés überhaupt nicht zu beteiligen und nur durch Vincent Auriant den sozialistischen Gegenentwurf entwickeln lassen. Unter diesen Umständen wird die Finanzvorlage Poincarés zwar keine enthusiastische, aber eine bestimmte Mehrheit in der Kammer finden.

Das Verhängnis ist nun, daß Poincaré mit der neuen ungeheuren Steuerlast, die er damit Frankreich ausbürdet, dem Lande ein völlig zweckloses Opfer

zumutet. Nach der Auffassung aller internationaler Fachleute werden die Mehreinnahmen, die daraus dem Budget zuzuliegen, schon in Kürze aufgezehrt werden, zum Teil durch die Kapitalflucht, die aller Voraussicht nach noch größeren Umfang annehmen wird als bisher, zum anderen Teil durch die unermesslichen wirtschaftlichen Rückwirkungen dieser Steuern selbst. Diese müssen logischerweise die Aufwärtsbewegung des allgemeinen Steuerebeneaus beschleunigen und damit automatisch zu einer neuen Vermehrung des Rotenumlaufs führen.

Einreisefördersteuer für Ausländer beantragt.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Deputierte Falcona hat einen Zusatzantrag zum Finanzentwurf Poincarés eingebracht, wonach jeder nach Frankreich einreisende Ausländer an der Grenze den Gegenwert von 200 französischen

Franken in der Währung seines Landes bezahlen muß. Diese Lage soll von den Zollbehörden erhoben werden und als Randvermassel der Bank von Frankreich angewiesen werden.

Die Verfolgung der Heimatbündler.

Disziplinargerichtsverhandlung in Colmar.

Colmar, 29. Juli. (Mit.) In der öffentlichen Verhandlung vor der oberelassischen Disziplinarkammer wurde gestern gegen den Führer der elsass-lothringischen Beamten- und Lehrerschaft, Professor Rossé, wegen seiner Mitwirkung am Heimatbündlerverbot verhandelt. Das Gericht war mit Einheimischen besetzt. Den Vorsitz führte Oberlandesgerichtsrat Thumann, Anklagevertreter war der französische Staatsanwalt Chauvignat, Verteidiger waren die beiden elsässischen Rechtsanwälte Jilloy und Krätling. Die Anklage erhob einen doppelten Vorwurf: Der Aufruf des Heimatbundes, den Professor Rossé mit unterzeichnet hat, sei ein Verstoß auf die nationale Einheit Frankreichs, und Rossé habe sich einer ungerechtfertigten scharfen Kritik an Frankreich und seiner Verwaltung schuldig gemacht.

Professor Rossé selbst sprach ausführlich über die Gründe, die ihn zu seinem Schritt bestimmt haben. Er habe feststellen wollen, ob die vielgerühmte Freiheit der Meinung für die elsässischen Beamten gelte oder nicht. Er sei überzeugt, nichts getan zu haben, was gegen die Würde und Freiheit eines Beamten verstoße. Er habe keine Straßendemonstration hervorgerufen, wie das die Beamtenführer in Frankreich ungestraft getan haben. Im deutschen Reich gebe es keinen Punkt, der zu einer disziplinarischen Verfolgung ein Recht gebe. Aus bitterer Enttäuschung über Frankreich sei er dem Heimatbund beigetreten. Es handele sich hier um den Rufschrei eines Volkes.

Das Zeugenhörverhör war für Rossé durchaus günstig. Es sprachen anschließend über die Stimmung in Elsass-Lothringen der elsässische Abgeordnete Universitätsprofessor Dr. Eugen Müller, Generalrat Dr. Haegg, der bekannte katholische Führer, ferner der ehemalige Abgeordnete Broglie, der Vorsitzende des Heimatbundes Dr. Kiehl, der Generalsekretär des Bundes, Käppel, und eine Anzahl Beamtenführer. Darauf sprachen die beiden Verteidiger. Der Anklagevertreter beharrte auf seiner Auffassung von der Strafbarkeit des „Verbrechens“ Rossés. Er beantragte Absehung des Angeklagten. Das Urteil wird in acht Tagen verkündet.

Neue Verurteilungen.

Straßburg, 29. Juli. (Mit.) Gestern nachmittag wurde von der Disziplinarkammer des Interelass die Urteil gegen den Lehrer Charpentier aus Herbitzheim und den Zolleinnehmer Ehrminger aus Enzheim wegen Unterzeichnung des heimathünerischen Aufrufes verkündet. Es lautet auf Verurteilung und eine Geldstrafe von 300 Franken. Die Kosten des Verfahrens tragen die Verurteilten. Der Staatsanwalt hatte den Antrag auf Dienstentlassung gestellt.

Der Kampf um Sinowjew.

Man vermeidet eine Diskussion.

Moskau, 29. Juli. (OB.) Es liegt im Plan des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, daß mit allen Mitteln versucht wird, eine Diskussion über den neuen Konflikt mit der Opposition zu vermeiden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es auch zu verstehen, daß das Parteiblatt, die „Pravda“, sich in seiner kurzen Kommentierung der vorgenommenen Maßnahmen große Zurückhaltung auferlegt und jede Schärfe in der Sprache vermeidet. Es berührt fast wie ein Widerspruch, wenn das Blatt schreibt, Lenin habe immer „scharflos“ gegen das Fraktionswesen in der Partei gekämpft, und dann weiter ausführlich: Meinungsverschiedenheiten in der Partei seien wohl zu dulden, nur dürften sie eben nicht zu solchen Folgen führen, wie im Fall Sinowjew, Laschewitsch und Genossen. Auch aus diesem Artikel wird man in manchen Kreisen neue Nahrung für die ohnehin schon vielfach gediehene Vermutung ziehen, daß ein „scharfloses Vorgehen“ gegen die rebellischen Genossen zunächst jedenfalls nicht beabsichtigt ist.

Einen besonderen Wert auf Befundung strikten Gehorsams gegenüber der Parteizentrale scheint die Obedienten-Ortsgruppe der K.P. zu legen. Sie hat eine sehr scharfe Resolution gegen die Opposition unter gleichzeitiger Verifizierung ihrer absoluten Loyalität eingeklagt, in welcher sie „erschöpfende Maßnahmen“ gegen jede Art von Sondergruppen fordert. Uninteressant ist dabei die Mitteilung, daß Laschewitsch und einige seiner Gesinnungsgenossen bereits im Mai in Odesa den Versuch gemacht haben, die dortige Ortsgruppe für die Opposition zu gewinnen, wobei sie aber keinen Erfolg gehabt hätten.

Echte und falsche Ordensritter.

Moskau, 28. Juli. (OB.) Das Oberkommando der Roten Armee macht bekannt: In letzter Zeit seien wiederholt Fälle festgestellt worden, in denen Personen als Inhaber des Ordens der Roten Fahne austraten, die zum Tragen dieses Ordens keine Berechtigung hatten. Ein Mißbrauch des Ordens werde streng bestraft werden. Alle Inhaber des Ordens hätten sich sogleich mit der Kanzlei des Oberkommandos in Verbindung zu setzen und genaue Angaben über die amtlichen Dokumente zu machen, in welchen ihnen feinerzeit die Verleihung des Ordens mitgeteilt worden ist.

Der Fall Gajda.

Eine Verteidigungsschrift.

Prag, 29. Juli. (Mit.) Die Abendausgabe der „Narodni Dista“ veröffentlicht Auszüge aus der Schrift „Der Fall Gajda“, die gestern in der Druckerei des Blattes hergestellt worden ist. Die Schrift entstammt der Feder eines Dr. Karlik, eines früheren Adjutanten Gajdas. Nach der Darstellung Dr. Karliks sind die Beweggründe für den Fall Gajda in dessen Gegnerschaft gegen Dr. Beneš zu suchen. Gajda werde tatsächlich unzulässiger Beziehungen zu den Sowjets beschuldigt. Zeuge gegen ihn sei sein früherer Diener, ein russischer Kosak namens Solowjew, den er aus Sibirien mitgebracht habe, und der russische Oberst Krafowetz, früherer Kriegsminister der Wladimirov-Regierung und ein Freund Gajdas. Auf Grund eines Ersuchens einiger französischer Politiker, darunter des früheren Kriegsministers Maginot, der von Gajda anlässlich seines Pariser Aufenthaltes im Jahre 1921 einen eingehenden Bericht über die Verhältnisse in Rußland verlangt habe, habe sich Gajda an Krafowetz gewandt, ohne zu wissen, daß sich der letztere inzwischen den Bolschewisten zugewandt habe.

Eine amtliche Erklärung.

Magdeburg, 29. Juli. (Mit.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die in der amtlichen Pressenotiz genannten Herren Kriminalpolizeirat Runge, Kriminaloberinspektor Dr. Riemann und Kriminalkommissar Braßwig sind noch in den Abendstunden des 28. Juli in Magdeburg eingetroffen. Die Beamten werden unverzüglich ihre Arbeiten in der Nord-anstalt fortsetzen. Zur Verbreitung seiner Nachricht in der Berliner Presse bediente sich Tenholt eines Zeichners, eines Nichtjournalisten, von dem er annehmen konnte, daß er blindlings für bare Münze nehmen würde, was ihm Tenholt erzählte. Falls die Behauptung in der „Nachtausgabe“, daß der Rudolf Haas betreffende Haftentlassungsantrag des Verteidigers Dr. Brun abgelehnt ist. Die Spruchkammer hat darüber noch gar nicht beraten, und zwar deshalb nicht, weil der Verteidiger ausdrücklich um Nachprüfung seiner Angaben vor der Entscheidung gebeten hatte. Der Staatsanwalt hat teinerteil Entscheidungsrecht über eine Haftbeschwerde.

Rationalisierung und Löhne.

Die Tarifffrage in der Berliner Metallindustrie.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rationalisierung der Produktion wie überall, so auch in der Berliner Metallindustrie, erheblich fortgeschritten ist. Hier sind es namentlich die Großbetriebe, die ihre gesamte Produktionsweise amerikanisiert haben. Die Notwendigkeit der technischen Umstellung der Produktionsstätten, die infolge der ihnen im Kriege und in der Inflation mühselos zugefallenen Gewinne an ihren veralteten Produktionsmethoden festhielten, war eine von den Gewerkschaften nach der Einführung der Festmark ständig erhobene Forderung.

Die Gewerkschaften verstanden aber unter Rationalisierung etwas anderes als es jetzt die Unternehmer durchführen oder schon durchgeführt haben. Die Gewerkschaften wollten durch die Rationalisierung eine Verbilligung der Produktion erzwingen, durch die wiederum ein gesteigerter Konsum und dadurch wieder eine Steigerung des Arbeitsmarktes erreicht werden sollte.

Die Rationalisierung, wie sie die Unternehmer jedoch durchführen,

vergrößert das Elend

der arbeitenden Massen künstlich immer mehr. Diese technische Revolution, die beinahe der Frischzeit des Kapitalismus gleichkommt, wo die Maschine in ihrem Siegeslauf zuerst Tausenden von Handarbeitern die Existenz raubte, wirkt sich vornehmlich auf die Lohngestaltung der Arbeiter und ihre Verwendbarkeit aus. Durch die arbeitssparenden Maschinen, das Transportband und ähnliche Dinge sind nicht nur viele Arbeiter freigelegt und in die „industrielle Reservearmee“ gestößt worden, sondern ist auch eine gänzlich veränderte Verteilung der Arbeitskräfte in den Betrieben erfolgt.

Einer Winderbeschäftigung von gelernten Facharbeitern steht eine Mehrbeschäftigung von un- und angelernten Arbeitern, namentlich weiblichen, gegenüber, die allerdings den allgemeinen Rückgang an Beschäftigten bei weitem nicht aufwiegt.

Wie alle Unternehmer, so versuchen auch die Berliner Metallindustriellen, die hier nur in groben Umrissen skizzierte Umstellung der Betriebe zum

Flussabdrücken der Löhne

und Akkordpreise zu benutzen. In einzelnen Betrieben, besonders dort, wo das Organisationsverhältnis nicht sonderlich gut, ist ihnen das auch unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse gelungen. Jedenfalls ist die Entlohnung in den Betrieben der Berliner Metallindustrie eine ganz unterschiedliche geworden.

Um diesen Mißständen zu steuern, hat die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Frage aufgeworfen, ob es nicht im Interesse der Berliner Metallarbeiterische Lage, einen Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie abzuschließen. Sie geht nun nicht etwa selbstherrlich vor, sondern löst diese Frage gegenwärtig von ihren Mitgliedern in den Branchensammlungen diskutieren.

Was nun aber die Berliner Ortsverwaltung tun mag, niemals wird es den Kommunisten in den Kram passen. Unternimmt die Ortsverwaltung überhaupt nichts, wird sie wegen ihrer Untätigkeit kritisiert. Unternimmt sie ernsthafte Schritte im Interesse der Mitglieder, wird sie heruntergerissen.

So auch jetzt wieder bei der Erörterung der Frage des Tarifabschlusses für die Berliner Metallindustrie. Flugs kommt die Gewerkschaftszentrale der R.D. mit „Richtlinien“ für ihre in der Gewerkschaft tätigen Funktionäre heraus, in denen teilweise

unsinnige Forderungen aufgestellt werden. Sonderbar berührt den, der sich noch erinnert, wie gerade

die Kommunisten den Tarifvertrag bekämpft haben,

folgendes Frage- und Antwortspiel in den Richtlinien:

„Wie stehen wir als Kommunisten zu einem Tarifvertrag?“
Antwort: „Wir sind für den Abschluß von Tarifverträgen und die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge.“

Nach einer bloßen Berunglimpfung der Ortsverwaltung, in der unter anderem behauptet wird, diese wolle einen Tarifvertrag nur abschließen, um die zunehmenden Bewegungen in den Betrieben zu unterbinden (!), heißt es in den Forderungen weiter:

2. Der Tarifvertrag darf nicht länger als wie für sechs Wochen abgeschlossen werden;

3. Die Löhne sind nach höchstens drei Klassen zu regeln, sie sind ausdrücklich als Mindestlöhne zu bezeichnen und wie folgt festzusetzen: a) Gelernte pro Stunde 1,20 M., b) Angelernte pro Stunde 1,10 M., c) Ungelernte pro Stunde 1,— M.

Gewiß sind auch wir dafür, daß eine Verminderung der Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter eintreten müsse. Aber gerade die Kommunisten haben wohl kein Recht, diese Forderung zu vertreten.

In Sowjetrußland

ist man eifrig bemüht, die ohnehin schon große Lohnspanne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern noch mehr zu ungunsten der letzteren zu vergrößern. Im übrigen kann der Vorschlag, Einführung von nur drei Lohnklassen, wohl nicht ganz ernst gemeint sein. Sind die Strategen in der Gewerkschaftszentrale der R.D. wirklich der Ansicht, daß ein Unternehmer jemals z. B. einem vier- oder fünfzehnjährigen ungelerten Arbeiter den gleichen Lohn zahlen würde wie einem ungelerten, verheirateten Arbeiter?

Solche Forderungen kann nur der aufstellen, der sie nicht vertreten braucht und keine Verantwortung zu tragen hat und nur „grundfäßliche Opposition“ machen will, Opposition nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Gewerkschaftsleitung.

Derartige Parolen, die von den Moskajüngern in die Versammlungen hineingetragen werden sollen, dienen zu weiter nichts anderem als zur Spaltung der Gewerkschaften. Sie sind nichts weiter als Agitationsparolen, die die erst abgewandten Mitglieder der Organisation auch als solche werten werden. Jedenfalls werden die Vertreter des Metallarbeiterverbandes wie auch die Mitglieder überall dort, wo sie zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen werden, die sachlichen Momente unbedrückt erwägen, die für oder gegen den Abschluß eines Tarifvertrages in der Berliner Metallindustrie sprechen. Die Metallarbeiter und -arbeiterinnen müssen sich aber einprägen, daß jeder Tarifvertrag nur das Abbild der Stärke der Organisation und der Treue und Geschlossenheit seiner Mitglieder ist und sein kann.

Die Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter.

Gewerberat Körner wegen Befangenheit abgelehnt.

Die Funktionäre der Handelshilfsarbeiter beschäftigten sich gestern abend eingehend mit der Tariffindung durch die Berliner Einzelhandels-Gemeinschaft. Genosse Pollmeier vom Verkehrs- und berichte über die Verhandlungen am vorigen Freitag, die scheiterten, weil die Unternehmer statt an einem Abbau der Löhne bis zu 20 Proz. festhielten. Die Funktionäre waren

über das Vorgehen der Unternehmer, das sich nicht nur gegen sie, sondern auch gegen die Angestellten richtet, sehr empört, ebenso ungehalten waren sie über den Schiedspruch für die Angestellten vom 19. Juli, durch den Gewerberat Körner den Unternehmern so weit entgegengekommen ist, wie diese es wohl selbst nicht erwartet hatten. Sie beauftragten die Verhandlungskommission, sich bei den heutigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in keine Erörterungen eines Lohnabbaues einzulassen.

Die Funktionäre waren weiter der Auffassung, daß der Gewerberat Körner wegen seines Schiedspruches für die Angestellten als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses bei diesen Verhandlungen abzulehnen sei. Die Entscheidung darüber wurde jedoch der Verhandlungskommission überlassen. Von den Funktionären wurde weiter mitgeteilt, daß in einzelnen Betrieben bereits Sonderverhandlungen stattgefunden haben, bei denen die Firmen erklärten, keinen Abbau der Löhne vornehmen zu wollen. Man sieht daran wieder, daß immer nur einzelne Scharfmacher in den Unternehmerorganisationen den Ton angeben wollen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich Herr Körner heute zu den Wünschen der Unternehmer stellen wird, nachdem die Angestellten des Einzelhandels seinen famosen Schiedspruch vom 19. Juli fast einstimmig abgelehnt haben. Es besteht kein Zweifel, daß die Handelshilfsarbeiter einen Schiedspruch, der ähnlich wie der für die Angestellten aussehen oder überhaupt einen Lohnabbau vorsehen würde, glatt ablehnen werden.

Versammlung der Schuhmacher.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher wird uns geschrieben:

Eine am 28. Juli 1926 stattgefundene Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Jahrestelle Berlin, nahm Stellung zum Erwerbslosenproblem und den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Nachstehende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

„Die am 28. Juli 1926 tagende Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Jahrestelle Berlin, verwirft die bei der Erwerbslosenunterstützung vorgesehene Staffelung der Unterstützungssätze und fordert von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien, für die Beibehaltung einheitlicher Unterstützungssätze und wesentlicher Erhöhung derselben einzutreten.“

„Die am 28. Juli 1926 tagende Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Jahrestelle Berlin, erhebt ferner Protest gegen das Verbot der Arbeiterzeitungen, das einen Willkürakt der Behörden darstellt, und fordert die sofortige Aufhebung dieser Verbote.“

Achtung, Zimmerer! Die Sperre über die Firma Hornemann, Baustelle in Wilmersdorf, Sächsischer Straße, ist aufgehoben. Alle dort beschäftigt gewesenen Zimmerer, auch der Vertrauensmann, sind wieder eingestellt. Die Arbeit wird am 30. Juli wieder aufgenommen und in Lohn ausgeführt.

Zentralverband der Zimmerer, Jahrestelle Berlin und Umgegend.

(Gewerkschaftliches siehe auch 3. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Seger; Wirtschaft: Ulrich Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilke; Adressen und Postings: Felix Kuchel; Anzeigen: H. Gode; Druck: Friedrich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag o. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

Musikaufträge überall man nur dem Nachweis des Deutsch-Musikerverbandes, Berlin O 27, Kottbuserstr. 21 (Königsplatz 4310, 4045), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Nur Sunst Vertreterbesuch

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungsraum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund	80 Pf.
Schmorfleisch	Pfund	95 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund	95 Pf.
Schweineschinken	Pfund	1 13
Schweinebauch u. Blatt	Pfund	1 05
Starke Liesen	Pfund	85 Pf.
Gehacktes Fleisch	Pfund	75 Pf.
Fettes Gefrierfleisch	Pfund	55 Pf.

Geflügel u. Wild

Junge Enten	Pfund von	85 Pf.
Junge Gänse	irisch geschlachtet, Pfund von	1 05 an
Suppenhähne	irisch geschlachtet, Pfd. von	95 Pf.
Suppenhühner	irisch geschlachtet, Pfd.	1 30 an
Poulets	Stück von	1 30 an
Wildschwein	Pfund von	95 Pf.

Wurstwaren

Landleberwurst	Pfund	1.10
Rotwurst	Pfund	1.10
Große Mettwurst	Pfund	1.35
Gefüllt. Schinken	Pfund	1.35
Pölnische Wurst	Pfund	1.45
Speck fett u. mager	Pfd.	1.45
Süzwurst	Pfund	0.95
Teowurst	Pfund	1.80
Mettwurst	Pfund	1.45
Feine Leberwurst	Pfund	1.65
Bierwurst	Pfund	1.65
Zervelat u. Salami	Pfund	1.80
Schinkenspeck	Pfund	1.90
Nußschinken	Pfund	2.00
Dampfwurst	Pfund	1.20

Käse u. Butter

Camembert	Stück	0.14
Romatour	Stück	0.15
Stangen- u. Käse	Pfd.	0.40
Edamer	Pfund	0.68
Holländer	Pfund	0.78
Schweizer	Pfund	0.98
Tilsiter	Pfund	1.05
Emmentaler	Pfund	1.20
Margarine	Pfund	0.56
Molkereibutter	Pfund	0.85
Tafelbutter	Pfund	0.92

Konserven

Gemischt. Gemüse	Dose 1/2	1.00
Sellerie in Scheiben	0.85	
Ananas 1. Schieb., extra Qual.	1.75	
Senfgurken	2.75	
Olsardinen	0.30 0.48 0.55	
Kondens. Vollmilch	0.35	
Würstchen	1.30	
Rotwurst	0.70	
Leberwurst	0.58	
Gulasch u. Rindfleisch	1.20	
Kammelfleisch	0.65	

Konfitüren Himbeeren, Orangen, 2 Pfd.-Eimer 1 25

Wein

Edelapfelwein	0.55
1924 Siefersheimer Vogelgesang	0.78
1924 Nitteler Gipfel	0.80
1922 Aldegund Palmbg.	1.00
1922 Freilaubersheimer Katharinenkirche	1.10
1922 Zeltlinger	1.30
1924 Liebtraumlich	1.50
1921 Neumagener Engelgrube	1.60
1921 Niersteiner	1.70
1921 Berncasteler	2.00
1922 Grandes Côtes	0.95
1921 Château Liviersan Paullac	1.65
Feiner Fruchtwein	0.90
Tarragona Rot	1.10
Kirschsaft	0.75 1.10

Am Freitag und Sonnabend in den Erfrischungsräumen:
Für die Kleinen:
1 Tasse Schokolade | 25 Pf.
1 Windbeutel | zusammen

Einkochgläser

für	1/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
hohe Form	34 Pf.	36 Pf.	38 Pf.	40 Pf.	—	—
weite Form	—	40 Pf.	44 Pf.	46 Pf.	48 Pf.	55 Pf.
Gummiringe	eng 10 Stück	20 Pf.	weit	40 Pf.		

Obst u. Gemüse

Tomaten	Pfund	10 Pf.
Spillinge	Pfund	12 Pf.
EBbirnen	Pfund	12 Pf.
Blaubeeren	Pfd.	17 Pf.
Strudeläpfel	Pfd.	20 Pf.
Pfirsiche	Pfund	24 Pf.
Bananen	Pfund	48 Pf.
Neue Karioffeln	35 Pf.	
Weißkohl	Pfund	3 Pf.
Möhren	Pfund	4 Pf.
Wirsingkohl	Pfd.	5 Pf.
Grüne Bohnen	Pfd.	6 Pf.
Schlang.-Gurken	Pfd.	8 Pf.
Rotkohl	Pfund	9 Pf.
Gurken	Pfund	10 Pf.
blaue	48 Pf.	

Frische Fische

Seelachs	11 Pf.
Kablau	20 Pf.
Schellfische	33 Pf.
Lebende Aale	Pfund von 1 20 an
Leb. Karpfen	Pfd. 1 50

Räucherwaren

Lachsheringe	10 Pf.
Seelachs	38 Pf.
Fettbücklinge	40 Pf.
Sprott	55 Pf.
Aale	1 60 2 40 4 80
Matjesheringe	20 Pf.

Konfitüren

Holländ. Kakao	35 Pf.
Borken-Schokolade	0.25
Sandgebäck	0.25
Zwiebackschokolad.	0.28

Kolonialwaren

Tafel-Reis	0.25
Auszug-Mehl	0.26
Weizengrieß	0.28
Makkaroni	0.40
Spaghetti	0.46

Gebrannter Kaffee

Haushalt-Misch.	Pfund 2.60
Sonder-Mischung	Pfund 3.00
Olympia-Mischung	Pfd. 3.40
Globus-Mischung	Pfund 3.80
Residenz-Misch.	Pfund 4.20
Elite-Mischung	Pfund 4.60

Außerordentlich billiger Serien-Verkauf im Lichthofe und an Extra-Tischen: 85 Pf. 1 20 1 80 2 90 4 25

Berlin schafft Arbeit!

Die Magistratsvorlage beschlossen. — Deutschnationale Demonstrationsanträge.

Durch die Initiative der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist es gestern in der Stadtverordnetenversammlung gelungen, Notstandsarbeiten für die Erwerbslosen Berlins in sehr erheblichem Umfang freizubekommen. Der vor acht Tagen im „Vorwärts“ veröffentlichte Brief unserer Fraktion an den Bürgermeister hat seine Wirkung nicht verfehlt; der Magistrat hat sich gemäß unserem Ersuchen mit großer Beschleunigung an die Ausarbeitung einer in unserem Schreiben geforderten Vorlage gemacht, so daß die Stadtverordnetenversammlung bereits nach acht Tagen über die Notstandsmaßnahme befinden konnte.

Die gestrige Ferienitzung der Stadtverordneten war, wie wir bereits im „Vorwärts“ in der vorangegangenen Woche mitgeteilt hatten, zu dem Zweck einberufen worden, den Erwerbslosen auf dem schnellsten Wege zu helfen. Es ist mit Ferienitzungen immer ein eigen Ding. Und so klappt auch gestern im Sitzungssaal sehr erhebliche Väden in den Bankreihen. Die Linke des Hauses, Sozialdemokraten und Kommunisten, waren fast vollständig vertreten; dagegen hatten es recht viele Vertreter der Rechtsparteien, besonders der Deutschnationalen, nicht für nötig gehalten, dem Ruf zur Hilfeleistung für die Erwerbslosen zu folgen. Wie sollten sie auch —! Der Beginn der Sitzung verzögerte sich sehr. Nachdem der Vorkommensausschuß schon reichlich lange beraten hatte, was darauf schließen ließ, daß für die Vorlage des Magistrats, die bekanntlich

Notstandsarbeiten in Höhe von 30 Millionen Mark vorsieht, Unstimmigkeiten und Bedenken in den einzelnen Fraktionen, besonders der rechten des Hauses, vorhanden waren, fanden noch um 17 Uhr Fraktionsitzungen statt. Endlich gegen 18 Uhr konnte der Vorsitzendevertreter Degner (Komm.) die Sitzung eröffnen.

Der Bürgermeister Scholz begründete kurz die Vorlage des Magistrats. Er betonte, daß außerordentliche Zustände außerordentliche Maßnahmen erforderlich machen. In der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit

steht Berlin mit einer Erwerbslosenziffer von 7,5 Prozent der Bevölkerung an der Spitze aller deutschen Städte.

Demzufolge ist auch die Not der Arbeitslosen in Berlin ganz besonders groß; sie sind hier in der Großstadt in ganz besonderem Maße jeder Verdienstmöglichkeit beraubt. Der Magistrat bringt in seiner heutigen Vorlage zur Herbeischaffung von Notstandsarbeiten Vorschläge, die einen Kostenaufwand von rund 30 Millionen Mark erfordern werden. Die Deckung dieser Summe soll, sofern die vorgesehenen Arbeiten für bestimmte Verwaltungsgebiete der Stadt bestimmt sind, auch aus den Mitteln dieser Verwaltungsgebiete vorgenommen werden. Darüber hinaus müssen natürlich für außerordentliche Arbeiten die Zuschüsse von Reich und Staat in Anspruch genommen werden. Allerdings liegt hier vieles vollständig im argen. Die Zuschüsse sind oft so gering, daß sie nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. Aus den Steuerauskommen, die Berlin an das Reich abführt, kommen nur sehr geringe Prozentsätze nach Berlin zurück. So erhält das Land beispielsweise aus der Kraftfahrzeugsteuer pro Tonnenkilometer 83 Pfennige für die Unterhaltung und den Neubau von Straßen; für Berlin beträgt der Satz — 0,0017 Pfennige, d. h. Berlin wird in einer Art und Weise benachteiligt, die jeder Befreiung spotten. Aus der kürzlich durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen städtischen Kraftfahrzeugsteuer sollen erhöhte Mittel für Notstandsarbeiten bereitgestellt werden. Die Magistratsvorlage soll nach der Ansicht des Magistrats dazu dienen, der außerordentlichen Erwerbslosigkeit zu steuern. Wenn es dann noch möglich sein sollte, von Reich und Staat wirklich große Zuschüsse zu erlangen, so besteht die begründete Aussicht, daß wenigstens ein erheblicher

Teil der Arbeitslosen Lohn und Brot erhält. Der Bürgermeister bat um die Verabschiedung der Vorlage.

Inzwischen waren von den Deutschnationalen verschiedene Anträge eingelaufen. So forderten sie beispielsweise, daß die Stadtverordnetenversammlung sofort die Aufnahme einer Anleihe von 150 Millionen Mark für Zwecke des Wohnungsbaues beschließen solle. Darüber hinaus verlangten sie, daß der Haushaltsausschuß selbständig die Deckung für die 30 Millionen der Magistratsvorlage beschließen könne. Daß das nicht nur mit der Geschäftsordnung des Hauses, sondern auch mit der Städteordnung und anderen gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stand, war ihnen offenbar im Drange ihrer Bewilligungslust und in der plötzlich entdeckten Absicht, den Erwerbslosen zu helfen, gänzlich entgangen. Von den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Demokraten war zu der Magistratsvorlage ein Antrag eingebracht worden, in dem die grundsätzliche Zustimmung zu den in der Vorlage vorgesehenen Notstandsarbeiten ausgesprochen wurde. Es sollte ferner beschlossen werden, daß der Haushaltsausschuß für die einzelnen Positionen der Magistratsvorlage die Mittel freizugeben habe und daß die Gesamtdeckungsvorlage dem Haushaltsausschuß zur Prüfung überwiesen werde.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Notstandsmaßnahmen der Magistratsvorlage besproch Genosse Heitmann. Er ging davon aus, daß in Berlin die Erwerbslosigkeit alles Maß überschritten hat. Zu den rund 270 000 unterstützten Erwerbslosen kommen noch etwa 25 bis 30 Prozent, die keinerlei Unterstützung erhalten. Die Ausgesteuerten, d. h. diejenigen, die nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist keine Erwerbslosenunterstützung mehr erhalten, wachsen von Tag zu Tag, von Woche zu Woche und selbst an Kurzarbeitern sind fast überall vorhanden, wie überhaupt Erwerbslose. Die furchtbare Not der aus dem Wirtschaftsprozess Ausgestoßenen und ihrer Familien hat die

sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, ihr aus dem „Vorwärts“ bekanntes Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Berlin zu richten.

in dem sofortige dringende Maßnahmen zur Vinderung der größten Not gefordert und auch selbst positive Vorschläge für eine diesbezügliche Magistratsvorlage gemacht wurden. Unsere Fraktion rechnet es sich als ein Verdienst an, die Anregung zu der nunmehr vorliegenden Magistratsvorlage gegeben zu haben. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, der Magistratsvorlage zuzustimmen, obwohl sie mit einigen Bedenken und Aber behaftet ist. Wir erwarten vom Magistrat, daß die sofortige Durchführung der Notstandsarbeiten erfolgt und daß nicht etwa das bekannte bürokratische System die Inangriffnahme der Arbeiten verzögert. Der fürchterliche Instanzenweg, der heutzutage noch bei Bauvorhaben zu finden ist, muß unter allen Umständen schnellstens verschwinden. Natürlich kann die Magistratsvorlage nicht die Arbeitslosigkeit in Berlin vollkommen beseitigen. Deshalb erwarten wir, daß die städtischen Behörden auch weiterhin alles daransetzen, weitere Arbeiten in Gang zu bringen. Dabei wird die Wohnungsbeschaffung für die notleidende Bevölkerung in erster Linie in Frage kommen, weil sie nicht nur geeignet ist, für die arbeitslosen Bauarbeiter Beschäftigung zu bringen, sondern darüber hinaus auch einer großen Zahl sonstiger Berufs- und Gewerbe Lohn und Brot bringen kann. Genosse Heitmann sprach die Zustimmung unserer Fraktion zu dem 150-Millionen-Antrag der Deutschnationalen aus; jedoch hegte er starke Bedenken, daß es möglich sein wird, eine derart hohe Summe ohne weiteres aufzubringen. Er legte den Deutschnationalen auch ganz unerblickt, daß es ihnen ganz offenbar bei ihrem Antrage nicht darauf ankäme, den Erwerbslosen zu helfen, sondern daß sie

zur Befriedigung ihrer agitatorischen Bedürfnisse diesen Antrag eingebracht hätten. Unser Redner bemerkte dabei sehr zutreffend, daß es sehr leicht sei, in solchen Anträgen die gewaltigsten Summen zu fordern, besonders, wenn man sich über deren Herbeischaffung keinerlei Kopfschmerzen mache. Er

fährte nicht ein, weshalb man nicht auch 200 oder 250 Millionen gefordert habe. Den Deutschnationalen hatte die Kennzeichnung durch unseren Redner die Sprache verschlagen; still läßen sie auf ihren Plätzen und hörten geduldig zu. Genosse Heitmann zeigte dann noch in längeren Ausführungen, auf welchen Gebieten Notstandsarbeiten möglich wären. Der so notwendige Bau von Schulen, von Krankenhäusern, der Ausbau und Neubau von Krematorien und schließlich auch der Bau von Verwaltungsgebäuden in einigen Bezirken Berlins sei dringend nötig und deshalb müsse die Möglichkeit geschaffen werden, diese Arbeiten in Angriff nehmen zu können. Der Bedarf der städtischen Betriebe an Bekleidung und Wäsche könne für die Textilindustrie und das Bekleidungs-gewerbe Arbeit bringen. Es muß auch möglich sein, geeignete Räume für die Arbeitsnachweise zu schaffen. Die Vorgänge, die sich auf dem Nachweis in der Gormannstraße und anderswo ereignet haben, dürften in Zukunft nicht wieder vorkommen. Natürlich verlangen wir, daß alle Notstandsarbeiten zu den Tarifbedingungen ausgeführt werden, die von den Gewerkschaften angenommen sind. Bei der Behebung der Not der Arbeitslosen spielt auch eine wesentliche Rolle, daß das jetzige Fürsorgewesen geändert wird in ein Versicherungs-wesen. Eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und ihre Zahlung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit ist ebenfalls dringend notwendig. Wir ersuchen den Magistrat, diese Forderungen bei den staatlichen Stellen umgehend anhängig zu machen; sie sind nicht „wirtschaftsfeindlich“, sondern sie sollen vielmehr dazu dienen, auch bei den Erwerbslosen die Kaufkraft zu erhalten, um so das allgemeine Wirtschaftsleben in Gang zu halten und zu beleben. Genosse Heitmann bat am Schluß seiner Ausführungen den Magistrat, alle Möglichkeiten zu erwägen, den Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen. Bei der sozialdemokratischen Fraktion ist unter allen Umständen der Wille vorhanden, alles einzusetzen, um den Erwerbslosen zu helfen.

Der Kommunist Ceck ging ausführlich auf die Ursachen der riesigen Arbeitslosigkeit ein. Im Laufe seiner Ausführungen erhob er darüber Klage, daß Unternehmer, die städtische Arbeiten als Notstandsmaßnahmen übertragen bekommen haben, diese Arbeiten außerhalb, wo billigere Arbeitskräfte vorhanden sind, ausführen lassen. Bei der Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals sollen sogar Arbeiter von außerhalb herangezogen worden sein. Ceck begrüßte, daß die Ferienitzung zustande gekommen ist, er erhob Protest gegen die Reichsfinanzpolitik, die zu wenig Mittel für die Erwerbslosenunterstützung freiläße, und er schloß schließlich für die Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse ein. Er erörterte auch die Schwierigkeiten, die der Aufnahme einer 150-Millionen-Anleihe im Wege ständen. — Von den Deutschnationalen sprach der bekannte Tischlermeister Poeth seine Befriedigung darüber aus, daß die Linke endlich geneigt sei, die von den Deutschnationalen schon lange geforderten Summen für die Beschaffung von Notstandsarbeiten zu bewilligen. (Schallendes Gelächter links.) Poeth erörterte dann die Möglichkeit, wieviele Arbeiter und Gewerbetreibende durch die Magistratsvorlage beschäftigt werden könnten und kam zu dem Ergebnis, daß es recht wenige seien. Dabei rief ihm unser Genosse Adolf Hoffmann zu, ob deswegen die Tischlermeister Berlins schriftlich zur Stadtverordnetentribüne hinbestellt worden wären, wie es der Fall sei? Bei der Begründung des großen Anleiheantrages betonte der Redner, daß es sich nicht um einen Demonstrationsantrag handele (!). Als er darauf zu sprechen kam, daß dem Haushaltsausschuß unmöglich die Befugnis zugestanden werden könnte, über die Freigabe der Mittel zu beschließen, erschall auf der Linken des Hauses großes Gelächter. Poeth hatte gänzlich vergessen, daß die Deutschnationalen zunächst gefordert hatten, der Haushaltsausschuß sollte sogar die 150-Millionen-Anleihe beschließen und auch selbständig die Deckungsvorlage des Magistrats unter Dach und Fach bringen. So ließ sich der deutschnationale Redner in seiner Art Kommunalpolitiker selber fest. Es nahm daher auch nicht Wunder, daß seine weiteren Ausführungen nicht mehr ernst genommen wurden. Nachdem der Vertreter der Demokraten die Zustimmung seiner Fraktion zu der Magistratsvorlage erklärt hatte, wurde die Debatte geschlossen.

In der Abstimmung wurde dann der gemeinsame Antrag der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Demokraten einstimmig angenommen, d. h. die Rechte des Hauses stimmte nicht dafür und nicht dagegen. Annahme fand ferner ein Antrag, der den Magistrat ersucht, dafür einzutreten, daß eine Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung eintritt und ferner ein Antrag der Deutschnationalen, der Maßnahmen zur Vinderung der

Marcia Reale.

Novelle von Andreas Lafko.

Was Glück hieß, vom Eispal aus gesehen, war Unglück, wenn man unter Kosospalmen stand. Wer das gelernt hatte, dem konnte das Leben nichts mehr anhaben. . . dann konnte man nur lächeln über die Unzufriedenen, die immer ihr „Recht“ reklamierten und immer nur das Glück der anderen meinten — und bekam fast Mitleid mit den Reichen, die nicht einmal rechte Freude hatten an ihrem Glück, weil sie es für ihr Recht ansahen! Mühte denn nicht einer arbeitslos und ohne Abendbrot bleiben, weil es dem Cesare Pasquali gelungen war, beim Ziegeltragen eingestellt zu werden? Es konnte keiner einen Strahl Glück erwischen, ohne Schatten zu werfen hinter sich! . . . Ein Schlafplatz in einem Schuppen, ein halbes Brot und ein wenig Schnaps, auch das konnte noch geteilt werden. . . reichte aus, um einen anderen zu beglücken, wenn man nur gelernt hatte, sich bevorzugt zu fühlen, während man an Pierrino gemessen schimmer als ein Hund daran war. . .

Es war nicht immer leicht gewesen für einen Weinweber, solchen Betrachtungen zu folgen, aber es war, als hätten Bäume, Menschen, Meer und Himmel sich verschworen, dem Seher beizustehen, er fand überall Gleichnisse, die unergiebliche Bilder in das ungepflügte Gehirn seines Schülers läten. Kein Tag verging, ohne daß es ihm gelungen wäre, Pasquali zu überführen, daß er sich eben wieder glücklich gefühlt hatte, als er ein Viechchen summend auf der Bank sein Abendbrot aus der Tasche gezogen, oder die erste Wolke aus seiner Pfeife gebiäßen, oder die Arme unter dem Hals verstrickt sich ins Gras hingestreckt hatte. Es gelang Pasquali immer schlechter, in Jörn zu geraten über sein Schicksal, so verschönt war sein Arbeitstag von der Erwartung des Feierabends an der Seite des Freundes, und die allmählich eingetrippte Gewohnheit: jede zufriedene Minute bewußt zu registrieren, täuschte ihm sein Leben reicher vor, als seine Wünsche es je ausgemalt hatten.

Eine einzige Wolke nur baute sich immer drohender über diesem Glück zusammen, je näher mit ihren anwachsenden Ersparnissen der Tag der Abreise heranrückte. Pasquali war eifersüchtig! . . . Mit unwölkter Stirn hörte er die Loblieder des Freundes auf die Sizzilianerin, die ihm aus der Ferne schon das Herz des Sehers streitig machte. War es nicht vorauszuwahren, daß einmal, bei ihr angelangt, die schönen Abende ihr Ende haben würden? . . . Er liebte in dem Oesterreicher

längst nicht allein den Freund und Führer, er liebte auch seine eigene Zärtlichkeit zu ihm, alles, was er aus sich selbst in den andern eingemauert hatte und nicht mehr wegdenken konnte aus seinem Leben, ohne schwindelig am Rande einer feindlichen Leere zu stehen. War dem Seher das alles nichts, daß er es aus sich herauskehren konnte, um Raum zu schaffen für das dumme Bauernmädchen? . . . Die ganze Liebe Pasqualis wandelte sich jäh in Haß, so oft der Freund mit unbefangener Fröhlichkeit vor ihm seine Pläne zu entwickeln begann, und als er eines Abends in atemloser Freude mit der Nachricht heranstürmte: in der Nacht müsse endlich ein deutscher Dampfer einlaufen, der über Neapel nach Indien unterwegs war, da konnte Pasquali nicht länger an sich halten, mit verzerrtem Gesicht und zusammengebissenen Zähnen warf er ihm die bittere Frage in das leuchtende Gesicht: „Und ich? . . . Was soll aus mir werden?“ . . .

Verständnislos staumend bohrte sich das blaue Kinder-auge des Sehers in die gebäugig flackernden Augen Pasqualis. „Du kommst mit, das ist doch ausgemacht,“ erwiderte er arglos. „Wenn es sein muß, vertrieben wir uns unter den Rettungsbooten für die kurze Ueberfahrt. Das Schiff bleibt ja drei Tage im Hafen, vielleicht gibt man uns Arbeit an Bord.“

Für diese technische Seite der Frage hatte Pasquali kein Interesse; errotend vor Freude griff er nach der Hand des Sehers und drückte sie mit einem Aufleuchten dankbarer Hundetreue. Rasch machte er sich daran, ihre Habseligkeiten zusammenzurichten, um durch den Eifer seiner Vorbereitungen weit zu machen, was er in Gedanken gegen den Freund gesündigt hatte. Und der Seher sah ihm lächelnd zu, selbst überrascht von der Wärme, die er in sich aufsteigen fühlte, für diesen fremden, einfühligen Menschen. Seltsam hatte das Gefühl, dieser Unwissenheit Führer, Berater und allwissendes Orakel zu sein, das Selbstbewußtsein des einäugigen Landstreichers gefräßigt und aufgerichtet. Seine öderliche Fürsorge hatte ihn über sich selbst emporgehoben, wie immer Schwäche und Bedürftigkeit ihrer Schülinge sich zur Stärke wandelt in den Eltern. — — —

Zum erstenmal bewilligte an diesem Abend der Seher einen Gang ins Wirtshaus, und nachher setzten sie sich mit qualmenden Pfeifen auf die äußerste Spitze der Steinmole unter dem Leuchtturm, die Einfahrt des Schiffes abzuwarten, das sie nach Neapel bringen sollte. Die lange Steinzunge schien zu segeln, hob sich durch die leise plätschernde Flut, während über ihren Köpfen die Lichtflinge des Reuchfeuers

lautlos die Finsternis spaltete und in ihrem Rücken die schwarzen Hügel der Stadt im Geklimmer ungezählter Flämmchen wie abgebröckelte Trümmer des Sternhimmels sich türmten.

Sie schwiegen lange. — Wie die leuchtenden Böcher, die das Blinlicht für Sekunden aus dem rauschenden Dunkel schnitt, tauchten Erinnerungen vorbeisugend auf, verdrängt von den beklemmenden Fragen an die Zukunft, die herantam wie das Schiff, das sie auch schon in der Nähe wußten, ohne es erspähen zu können.

Der Seher unterbrach endlich das Schweigen, hob die glühende Pfeife gegen das dunkle Massiv der Stadt und sagte aus seinen Gedanken heraus: „Sehst du eine Stunde früher oder später durch die Via Balbi damals, es wußte heute keiner, daß der andere auf der Welt ist. — — — Jrgendnein Fahrplan muß es doch wohl geben daoben, daß wir uns so getroffen haben — — — meinst du nicht auch?“

Dem Weinweber stieg eine glühende Angel in die Kehle und seine Lippen zitterten vor Freude über dies Geständnis, das ihre Zusammengehörigkeit bestätigte aus dem Munde des Freundes, während gerade die Erwartung seine Gedanken in die gefährliche Richtung lenkte: die Frage zu beantworten, fühlte sich Pasquali zu dumm, er glogte mit vorgeprägelter Stirne gierig in die Nacht hinaus, um mit der Freudenbotschaft: das Schiff sei schon zu sehen, die zärtliche Bemerkung zu honorieren. Als alles finster blieb, ringsum die Garben des Scheinwerfers, sah er gebückt zum Seher hinüber und brachte stammelnd, mit schwerer Ueberwindung die Worte über die Lippen: „Ach habe eben Glück gehabt. . .“

Er war zu einfältig, um dem Sahe die Betonung zu geben, die er in seinem Herzen hatte. Aber der Seher hatte es gelernt, aus dem verirrtenen Baf die reine Kinderstimme herauszuhören. Eine heiße Welle lief durch sein Blut — er sah die Bank oben auf der Circonvallazione di Mare in den roten Dunst der Abendsonne ragen und fühlte, daß er sich ein Heim geminnert hatte in dem Herzen dieses Kameraden, der das Sich-glücklich-fühlen dort von ihm erlernt hatte. Er wollte dem Freund die Rechte reichen, streckte sie aber, jäh hochschnellend, einem lichten Schatten entgegen, der noch kaum sichtbar in der Finsternis hing, und rief mit heißem Jubel in der Stimme: „Das Schiff, das ist das Schiff!“ — — —

Regungslos und ohne ein Wort zu sprechen, warteten sie, bis es vorbeischwabte, merkten sich gut den Ankerplatz, und gingen dann still zufrieden ihrem alten Schuppen zu, beide

Nach der geistigen Verurteilung. Der deutschnationalen Antrag auf Aufnahme einer 150-Millionen-Anleihe wurde in der Form gegen einzelne Stimmen angenommen, daß der Magistrat um eine entsprechende Vorlage ersucht wird.

Die Stadtverordnetenversammlung hat also das zunächst Mögliche getan, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Die von der sozialdemokratischen Fraktion erzielte Formulierung des Antrages, der die Annahme der Magistratsvorlage ermöglicht, ist nach größeren Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Fraktionen zustande gekommen. Nur so war es möglich, die große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu gewinnen, die schließlich für die Erwerbslosen eintrat. Die Führung in der ganzen Angelegenheit hat unsere Fraktion gehabt, und nur ihrer Initiative, ihrer Tatkraft und ihrem taktischen Geschick ist es zu verdanken, daß die Stadt Berlin in der allerärmsten Zeit Notstandsarbeiten in einem Umfang in Angriff nehmen lassen konnte, wie es kaum jemand für möglich gehalten hat. Ueber die Bedeutung des deutschnationalen 150-Millionen-Antrages ist sich wohl in der Stadtverordnetenversammlung niemand im Zweifel gewesen. Für die Deutschnationalen sollte es ein billiger Anlaß sein, Agitation zu treiben. Daß sie ihre agitatorischen Bedürfnisse aber gerade bei Erwerbslosenangelegenheiten befriedigen wollten, war nur durch das taktische Ungeschick ihrer Fraktionsführung möglich. Wenn trotzdem auch die sozialdemokratische Fraktion dem Ersuchen an den Magistrat zustimmte, so tat sie es in der Pflicht, zu verhindern, daß die Deutschnationalen etwa den sogenannten „Ferienparagrafen“ anwenden konnten. Sie hätten nämlich die Möglichkeit gehabt, durch einen genügend unterstützten Einspruch die Ablehnung der Magistratsvorlage von der Tagesordnung durchzuführen und schließlich die ganze Ferienfrist aufzuliegen lassen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen!

Fleischvergiftungen in Herzfelde.

Etwa 180 Personen bisher erkrankt.

Die Fleischvergiftungen in Kallberge, an denen seinerzeit 160 Personen erkrankten, scheinen jetzt in dem benachbarten Herzfelde ihre Wiederholung zu finden. Unverständlich bleibt es allerdings, daß die Erkrankungen, die teilweise bis zum Anfang Juli zurückzuführen, dann aber am 26. und 27. einen außerordentlich gefährlichen Verlauf annahm, erst jetzt in der Öffentlichkeit bekannt werden. Am Sonntag, 25. Juli, wurden die ersten Erkrankungen bekannt. Etwa 75 Einwohner, die an Erbrechen, Fieber und Darmkatarrh litten, suchten die dortigen praktischen Ärzte Dr. Moritz und Dr. Nischke zur Behandlung auf.

Die Erkrankungen wurden allgemein für eine gewöhnliche Sommerdiarrhöe angesehen. Am 26. und 27. Juli stieg aber die Zahl der Erkrankten derart, — man nennt die Zahl 180 — daß der Kreisarzt sowie ein Veterinärarzt in Herzfelde eingehende Untersuchungen anstellten. Während bisher die Krankheit ziemlich normal verlief, stellten sich jetzt bei den meisten Erkrankten hohes Fieber, Kopfschmerz und eine auffallend große Mattigkeit ein. Allerdings konnten die Ärzte bei den Kranken Erscheinungen feststellen, wie sie bisher bei Fleischvergiftungen nicht bekannt waren, wie Anschwellungen von Leber und Milz, gelbliche Gesichtsfarbe und heftige Nervenschmerzen in den Gliedern. Die Untersuchung ergab, daß die Erkrankungen auf Genuß von infiziertem Vögelfleisch, Hackfleisch, frischer und geräucherter Wurst zurückzuführen waren, die aus dem Geschäft des Fleischermeisters Reihner in der Hauptstraße stammten. Alle Erkrankten wohnen in demselben Bezirk des Ortes, vornehmlich in der Haupt- und Rüdersdorfer Straße. Einzelne Bewohner, die auf Ziegenleien arbeiten und auch dort ihre Wohnungen haben, und sogar einige Einwohner aus Rüdersdorf sind nach dem Genuß von dem bei Reihner gekauften Fleisch unter den gleichen Vergiftungsercheinungen erkrankt. Die Vergiftungen können nur auf den Genuß von infiziertem Fleisch zurückzuführen sein. Besonders auffällig ist es, daß in einigen Familien nur einzelne Mitglieder, die von dem Fleisch genossen hatten, erkrankten, während andere von der Krankheit verschont blieben. Die Nachforschungen haben ergeben, daß auch Reihner am Sonnabend und Sonntag, ebenso sein Dienstmädchen an Diarrhöe gelitten haben. Es wird nun vermutet, daß Reihner, der trotz der Krankheit im Laden mitverkauft, das Fleisch durch Berührung mit den Händen infiziert hat. Es sind sofort entsprechende polizeiliche Anordnungen getroffen worden. Der Laden wurde geschlossen und eine Desinfektion vorgenommen. Auch nach der anderen Seite hin sind alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Die Wohnungen wurden sämtlich desinfiziert. Alle Personen, die kein Pflasterpersonal zur Verfügung hatten, wurden in das Krankenhaus nach Kallberge übergeführt.

Leider besteht die Befürchtung, daß sich die Zahl der Erkrankten nachweislich erhöhen wird. Die genaue

voll Vertrauen in das „Glück“, das wie eine wärmende Schicht um sie lagerte, schützende Mauer gegen die gefährliche Gier, die aus den Millionen fieberentzündeten Augen der großen Stadt zu ihnen hinunterblinzelte.

„Morgen müssen wir die ersten beim Schiff!“ sagte der Seher, als sie schon vor dem Schuppen stand. „alles kommt darauf an, ob der Badmeister guter Laune ist. Hoffentlich haben wir Glück!“

Cesare Pasquali nickte stumm bestätigend. Als sie sich wie zufällig gegenseitig in die Augen sahen, huschte über beider Antlitz ein Lächeln. So unerschütterlich fest war ihre Überzeugung, daß es ihnen nun nicht mehr untreu werden konnte, das „Glück“, das sie verstoßen und verböhnt hatte aus den Schaufenstern voll Gold und Diamanten und den marmornen Einfahrten der Paläste, um ihnen dann unerhofft entgegen zu springen aus der Weisheit eines obdachlosen Druckeroffenen und der dankbaren Einfachheit eines verkrüppelten Weinstewers. — — —

Als sie am nächsten Tag, lange ehe die Sirenen zur Arbeit riefen, hinuntereilten zu dem Ankerplatz der deutschen Schiffe, fiel beiden sofort die ungewöhnliche Stille auf, die im ganzen Hafen herrschte. Sie beschleunigten noch mehr ihre Schritte und blieben an der vorpringenden Ecke verblüfft stehen, überrascht von der Farbenpracht der bunten Wimpel, die im Taumel sämtlicher Schiffe flatterten.

„Daß du den Namenstag eines Heiligen vergißt!“ spöttelte der Seher, der sich immer gerne über Pasqualis abergläubische Frömmigkeit lustig machte; aber der Vorwurf erwies sich alsbald als ungerecht, denn die Fahnen galten keinem Kirchenheiligen, sondern einer patriotischen Festlichkeit, die zu Ehren des „Soldate ignora“ mit großem Pomp begangen werden sollte. Die beiden hatten die dekorativen Vorbereitungen am Borabend nur nicht bemerkt, weil die Erwartung sie im Hafen festgehalten hatte.

Im ersten Augenblick empfanden alle zwei nur die Freude von Schülern, die an der Schwelle ihres Kerkers unverhofft heimgeschickt werden. Die Stirne des Sehers verfinsterte sich aber sofort, und er beschloß für den nächsten Tag vorzubauen, die Annäherung an den Badmeister des Schiffes wenigstens zu versuchen. Er setzte Pasquali auf ein Faß in der Nähe des Dampfers und begann den Ankerplatz vorichtig zu umkreisen, zur nicht geringen Belustigung des Weinstewers, der von seinem Posten aus vergnügt die Schliche seines Freundes verfolgte. (Fortsetzung folgt.)

veterinärpolizeiliche Untersuchung des Reihnerschen Betriebes ergab, daß sich dieser in sauberen und ordnungsmäßigem Zustand befand. Auch die noch vorgefundenen Fleischreste erschienen einwandfrei. Es wurden von einigen Fleischstücken (Hackfleisch, Schinken und Vögelfleisch) Proben entnommen und zur bakteriologischen Untersuchung an das Veterinäruntersuchungsamt nach Potsdam überandt. Diese Untersuchungen haben einwandfrei ergeben, daß das Fleisch durch Infektion vergiftet ist. Man stellte Typhusbazillen fest. Es soll sich um den Gärtnerbazillus, also um den gleichen Vergiftungserreger wie in Kallberge, handeln.

Man glaubt, daß diese Bazillen von einem am Sonnabend auf dem Legehut Herzfelde getötenen Kind stammen. Das Tier war, trotz des hohen Fiebers, von dem mit der Untersuchung beauftragten Kallberger Tierarzt als einwandfrei bezeichnet worden. Es besteht nun die Möglichkeit, daß die Gefallen die wahrscheinlich in jenem Kind enthaltenen Bazillen bei ihrer weiteren Tätigkeit in dem Herzfelder Geschäft ihres Meisters auf das dort zur Verarbeitung gekommene Fleisch, auf Schinken und Wurst übertragen haben. Genaue Anhaltspunkte hierüber wird die Untersuchung ergeben. Immerhin besteht große Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Infizierung auf diesem Wege erfolgt ist, zumal ja die Vergiftungsercheinungen nicht nur, wie es sonst in der Regel der Fall ist, nach dem Genuß von Schafelfleisch, sondern auch nach dem Verzehren bereits verarbeiteter Fleischsorten eingetreten sind. Dem Schlächter Reihner wird im übrigen in Herzfelde das beste Zeugnis ausgestellt, und man hält es dort für ausgeschlossen, daß dem Geschäftsinhaber, der immer nur Fleisch bester Qualität verarbeitet hat, irgendein Verstoß zur Last gelegt werden kann.

Eine vertagte Verhandlung.

Weil der Angeklagte betrunken war.

Der Portier Friedrich Dannenbaum wählte lehtens vor der Strafkammer des Landgerichts II eine merkwürdige Verteidigungsmethode. In der Trunkenheit hatte er einen Diebstahl begangen, der ihm vor dem Schöffengericht sechs Monate Gefängnis einbrachte. Bei der Berufungsverhandlung erschien er nun in sinnlos betrunkenem Zustand.

Er hatte in einem Lokal die Bekanntschaft eines Töpfermeisters gemacht, der sich auf einer Bierreise befand, und war mit diesem von Lokal zu Lokal weitergezogen. Der Töpfermeister war so wenig nach Herr seiner Sinne, daß sein Begleiter dessen Brieftasche herausnehmen und die Fische bezahlen mußte. Schließlich hatte Dannenbaum die Brieftasche überhaupt behalten. Als dann der Töpfermeister auf der Straße nicht mehr weiter konnte und sich an eine Sitzsäule lehnen mußte, rief ihm Dannenbaum von hinten noch den Mantel vom Leibe und ließ davon. Er wurde aber bei dem Vorgang beobachtet, verfolgt und eingeholt. Zur Polizeiwache gebracht, wurde er nach Feststellung seiner Personalien entlassen. Eine Stunde später wurde er wieder eingeliefert, weil er auf der Straße gelärmt und „Feuer“ geschrien hatte. Das Schöffengericht hatte aber angenommen, daß er mit dem zweiten Vorfall nur eine sinnlose Trunkenheit bei seiner Tat markieren wollte und hatte ihn verurteilt. Dannenbaum ist übrigens 17mal und zum Teil recht schwer bestraft. Seine Rolle als Trunkenbold suchte der Angeklagte auch vor der Strafkammer, die sich mit seiner Beratung zu befassen hatte, weiterzuspielen. Er kam total angetrunken in den Gerichtssaal und hielt sinnlose Reden. So fragte er den Vorsitzenden, ob er nicht als Student auch einmal blau gewesen sei und sich dann auf nichts mehr habe besinnen können. Als der Vorsitzende ihm antwortete, daß man immer noch wissen müsse, was man tue, erwiderte er: „Na, denn sind Sie nie richtig besoffen gewesen.“ Er redete schließlich sogar den Richter und den Staatsanwalt mit „Du“ an und meinte: „Ihr könnt ja mit mir machen, was Ihr wollt.“ Sanitätsrat Dr. Leppmann, der den Angeklagten schon seit 1908 kennt, hielt



Angela Sax singt drei bescheidene Opernarien aus „Cavalleria rusticana“, aus „Margarete“ und dem „Kreuzreigen“, aber selbst für Stiebers anspruchslose, trauere Blümlein reicht die Stimme nicht aus. Sie klingt merkwürdig heilig, und die Höhe macht Schwierigkeiten. Es folgen dann ein paar Harmlosigkeiten mit sentimentalem Einschlag, sehr viel von Rosen kommt darin vor, die einmal blühen, einmal duften und dann etwas sagen. Unterstützt wird dieses anmutige Unternehmen durch die vereinigten Finken der Mandolinenchöre, die unter anderem Kohuts überzuckerte Romange in F-Dur spielen, einen Abgänger der Toledischen Serenade. Unter Leitung Wilhelm Finkes spielt man diese Nüchternheiten, die ehemals als Salonstücke Nahrungstränen herozubereiten, ergöt und mit dem nötigen Schmalz, übrigens machen sich die Mandolinen recht ausdrucksvoll in der Uebersetzung, manchmal wirken sie wie hohe Streicher. Das ganze Programm atmet traulichen Frieden. Man sieht um den Familientisch, macht Handarbeit, liest Zeitung, und die Petroleumlampe breitet darüber ihr verführerisches Licht aus. Auch am Nachmittag ging es sehr gemütlich zu. Märche, Phantasien, Balzer und Charakterstücke hatten sich zu einem anmutigen Reigen zusammengelagert. Nichts störte die Harmonie. Von den Vorträgen sei „Vorbildung und Aussehen der Frau im kaufmännischen Beruf“ erwähnt, in dem die Vorsitzende des Verbandes weiblicher Handels- und Bureauangestellter Katharina Müller ihre reichen Erfahrungen zu Behör brachte.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 30. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. Margarete Caemmerer: Schulzwang und Elternsorge. 5 Uhr abends: Rezitation. Alfred Müller-Hopp: 1. Du bist ausgestallt. 2. Gewitter am Sonntag. 3. Brautfahrt. Gelesen vom Verfasser. 5-6.30 Uhr abends: Balladen. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theater- und Filmdienst. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Dr. Martin Schmidt: Tierische Gartenschädlinge im Sommer 1926. 7.25 Uhr abends: R. Kempner: „Quer durch Masodonien“. 7.55 Uhr abends: Dr. Friedrich Springer: „Oesterreichs Land und Leute“. 8.30 Uhr abends: Franz Liszt: Zur 40. Wiederkehr seines Todestages am 31. Juli 1886. Mitwirkende: Berliner Fankorchorster, Dirigent: Selmar Meyrowitz von der Berliner Staatsoper; Michael v. Zadora und Selmar Meyrowitz am Flügel; Kammerängerin Elisabeth von Endert, Sopran. 1. Rudolf Kastner: Einleitende Worte. 2. Les Préludes, sinfonische Dichtung. 3. a) Paszawehmut, b) Rhapsodie Nr. 10. 4. a) Bist du (Fürst Elim Metschorsky), b) Es muß ein Wunderbares sein (Redwitz), c) Fischerknabe (Schiller), d) Wieder möcht' ich dir bezogonen (Cornelius), e) In Liebeslust (Hoffmann v. Fallersleben). 5. Ungarische Fantasia für Klavier und Orchester. 6. Mazoppa, sinfonische Dichtung. Anschließend: Dritte Bokanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 30. Juli.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: O. M. Alderi und Fräulein v. Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30-4.30 Uhr nachm.: Landesschulrat Dr. Schwarz, Lübeck: a) Die Hilfsmittel des Erdkundeunterrichtes; b) Die Erdkunde im Gesamtleben der Schüler. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Franziska Bruck: Blumenschmuck für den gedeckten Tisch. 8.30 Uhr abends: Uebersetzung aus Stuttgart.

ihn für einen Mann, der, obwohl starker Alkoholiker und minderwertig, immer genau wisse, was er tue. Jetzt aber meinte der Sachverständige, daß der Angeklagte augenblicklich nicht verhandlungsfähig sei, wegen seiner totalen Betrunkenheit. Der Angeklagte wollte aber von einer Vertagung nichts wissen und meinte: „Macht doch mal endlich Schluss mit meiner Sache. Bis ich das Ding nicht hinter mir habe, komme ich aus der Sauerei nicht heraus.“ Das Gericht sah sich genötigt, die Verhandlung zu vertagen. Dem Angeklagten wurde aber angedroht, daß er in eine sofort zu verhängende Ordnungsstrafe genommen werden würde, wenn er wieder in einem derartigen Zustande vor Gericht erscheinen sollte.

Verfassungsfeiern des Reichsbanners.

Die Bundesfeier in Nürnberg. — Die Feiern in Berlin.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet in diesem Jahre die Bundesverfassungsfeier in Nürnberg am 14. und 15. August. Zu dieser sind bisher 20 Sonderzüge gemeldet. Man rechnet mit einem Aufmarsch von circa 100 000 Reichsbannerleuten. Am Sonnabend, den 14. August, findet nachmittags eine geschlossene Verfassungsfeier statt, nur für geladene Gäste im großen Rathausaal. Hier wird Staatskanzler a. D. Dr. Renner die Festrede halten. Am Sonntag vereinigen sich alle Festteilnehmer zu einer großen republikanischen Kundgebung, bei der Bundesvorsitzender Hörsing und Führer der drei republikanischen Parteien sowie Vertreter des republikanischen Schutzbundes Deutschösterreichs sprechen werden. Der Sonntagnachmittag vereinigt die Nürnberger republikanische Bevölkerung mit den auswärtigen Gästen im Luisenpark zu einem Volksfest. Das Berliner Reichsbanner nimmt diesmal von einer zentralen Verfassungsfeier, wie sie im vergangenen Jahre stattgefunden hat, Abstand. Vielmehr werden am 8. bzw. 15. August in den verschiedenen Bezirken Berlins groß angelegte Feiern veranstaltet. Als Redner haben sich bekannte Parlamentarier u. a. Verfügung gestellt, u. a. Professor Bergsträßer, Professor Erdmannsdorffer, Abgeordneter Dr. Grzymel, Abgeordneter Rave, Abgeordneter Freiherr von Richthofen, Redakteur B. Rowak, Senatspräsident Dr. Grohmann, Ministerialdirektor Dr. Fald, Polizeioberst a. D. Dr. Schühlinger, Polizeioberst a. D. Lange, Kapitän zur See Berlius, Major Hauff, Bauvorstand Friedrich Koch, Abgeordneter Ruzhke, Generalsekretär Grohbel, Lehrer Fests, Professor Habohm, Schriftsteller Julius Bab, Reichstagsabgeordneter Künstler, Robert Breuer, Dr. Michler.

Die Rache des Nebenbuhlers.

Die Eheleute Enderich lebten in unglücklicher Ehe. Der Ehemann liebte es, von Zeit zu Zeit eine „Extratur“ zu machen. Schließlich machte es die Ehefrau ihm nach und knüpfte auch Herrenbekanntschaften an, bis sie nach einem heftigen Ehestreit das Haus verließ und zu ihrem Freunde, dem Angeklagten Rost, zog. Als sie auf Aufforderung nicht zurückkehrte, verkaufte ihr Mann ihre Sachen und unternahm mit einem Freunde eine Kneiptour, die fast zwei Tage dauerte. Auf dem Heimwege schlugen die beiden Freunde mit den Häften an die Wohnungstür des Rost. Darüber geriet Rost in Wut und wollte sich heimlich rächen. Nachdem er sich mit Frau Enderich und deren Bruder, dem dritten Angeklagten, Rüt angetrunken hatte, stürmten die drei in schwer bezeugtem Zustande die Wohnung des Enderich. Mit Fußtritt wurde die Tür eingestoßen und alle drei stürzten in das Schlafzimmer, in dem Enderich mit seinem Freunde ihren Rausch ausließen. Mit Stöcken wurde auf die beiden Schläfer eingeschlagen. Enderich blieb besinnungslos im Bett liegen. Die beiden Opfer des Gewaltaktes mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Die Wüteriche hatten aber noch mehr getan. Ehe sie die Wohnung, in der der bemühtlose Enderich zurückließ, verließen, hatten sie die Gashähne geöffnet und eine Reihe von Gasolinen in den Gasautomaten gesteckt. Infolgedessen war auch zuerst Rost verurteilt worden. Der Rechtsanwalt bat, die Tat der Angeklagten als einen Trunkenheitsakt milder zu beurteilen und auch zu berücksichtigen, daß auf der anderen Seite ebenfalls ein gut Teil Schuld liege. Das Gericht erkannte auf Strafen von sechs und neun Monaten Gefängnis und hob die Haftbefehle auf. Der Angeklagte Rost erhielt auch Bewährungsfrist.

Verfuchter Einbruch. Nach dem Muster berühmter „Kollegen“ versuchte gestern nachmittags ein Trio von Einbrechern in die Räume der Installationsfirma Jappel u. Co., Ritterstr. 49, einzudringen. Durch die Aufmerksamkeit einer Hausbewohnerin wurde der Einbruch vereitelt und einer der Einbrecher von dem inzwischen herbeigerufenen Ueberfallkommando verhaftet. Es ist dies ein früherer Angestellter der Firma, ein Kriegsinvalid, namens Erich Winkler, aus der Oberberger Straße. Winkler, der die Verhältnisse ganz genau kannte, ließ sich von zwei Komplizen, in einer Kiste verpackt, mit einem Handwagen vor Schluss des Betriebes auf den zweiten Hof fahren. Hier wartete er ab, bis alles ruhig wurde, um ungestört an die „Arbeit“ gehen zu können. Vor dem Haupte standen die beiden anderen Schmierer. W. stellte sich aber so ungeschickt an, daß er von einer Hausbewohnerin bemerkt wurde und von dem Ueberfallkommando in einem Fabrikraum, wo er sich versteckt hielt, verhaftet werden konnte. Seine Helfershelfer entamen rechtzeitig unerkannt.

Feuer in der Andreasstraße. Ein größeres Feuer kam gestern abend kurz vor 8½ Uhr in den im Erdgeschosse gelegenen Verkaufs- und Lagerräumen der Einkaufszentrale für Wäscherei- und Plätterei-Bedarfsartikel im Industriehaus „Andreas-Hof“, Andreasstraße 32, zum Ausbruch. Bei Eintreffen der Wehren fanden die Räume, in denen größere Mengen Waren lagerten, in Flammen. Es wurde etwa eine Stunde lang Wasser gegeben. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Letzte Probefahrt der Barbara. Das Rotor-Torsschiff Barbara wird heute vormittag von Bremerhaven aus seine letzte Erprobungs- und zugleich Uebergabefahrt nach Hamburg antreten. Die Reederei Robert R. Sloman jr., Hamburg, übernimmt auf der Fahrt das Schiff zwecks Einstellung als Frachtschiff in ihren Mittelmeerdienst von dem Bauherrn, dem Reich, und der Bauwerft A. G. Weser, Bremen.

Schnee in der Schweiz. Niedere Schläge in der ganzen Schweiz haben in den höheren Lagen starke Schneefälle gebracht, die bis 800 Meter niedergehen. Zugleich ist ein heftiger Sturm der Temperaturen erfolgt, die in einer Höhe von 1000 Metern 6 bis 7 Grad über Null liegen.

Großfeuer in Dünaburg. In den Eisen- und Flachsbuden des Dünaburger Trödelmarktes brach ein großer Brand aus, der sich mit großer Schnelligkeit verbreitete und eine gewaltige Panik hervorrief. Während des Brandes erdinten aus den brennenden Gebäuden laute Detonationen. Wahrscheinlich war das Ateifen ausgiebig mit Granaten und Handgranaten durchsetzt. Der Brand konnte glücklicherweise von einigen Wäden mit Benzin und Petroleum ferngehalten und schließlich eingedämmt werden. Im ganzen sind zehn größere Buden eingestürzt worden. Nach der „Rigaichen Rundschau“ wird unvorsichtiges Umgehen mit Feuer als Entstehungsurache des Brandes angenommen.

Drei Dampfer gesunken. Nach einer Meldung aus San Domingo erlitten die drei Dampfer „Francisco“, „Beaceful“ und „Racoria“, die sich auf der Reise nach den Kleinen Antillen befanden, Schiffsbruch, wodurch zahlreiche Reisende und Mitglieder der Besatzung ertranken.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. verb.). Geringe Temperaturzunahme, meist starker bewölkt mit leichten Regenschauern, später etwas Aufhellung. — Für Deutschland: Fortbestand der vorbandenen Bitterung in Mittel- und Ostdeutschland, geringe Temperaturzunahme.

Erwerbslose Jugend.

Aus der Arbeit eines Bezirksamtes.

Die ständig wachsende Erwerbslosigkeit, die in den letzten Monaten erschreckende Ausmaße angenommen hat, ergreift aus leicht verständlichen Gründen besonders stark die jugendlichen Arbeiter und Angestellten, die teils in erster Linie von Betriebseinsparungen und Entlassungen betroffen werden, teils gleich nach der Schulentlassung keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden. Es ist deshalb in letzter Zeit vielfach von den Maßnahmen berichtet worden, die allenthalben von den Jugendämtern eingerichtet wurden, um diese jugendlichen Erwerbslosen beiderlei Geschlechts vor den verderblichen Einflüssen des beschäftigungslosen Herumlaufens auf den Straßen und der völligen Entwöhnung von Arbeit zu bewahren. Es soll hier versucht werden, einiges über die Erfahrungen mit diesen Kurven zu berichten.

Im Bereich des Jugendamtes Prenzlauer Berg wurde davon ausgegangen, daß der Zusammenschluß dieser jugendlichen Erwerbslosen nicht durch irgendwelche Zwangsmittel erreicht werden dürfe, vielmehr sollten die Tagesheime, in denen die Jugendlichen sich zusammenfinden, so starken Anreiz auf die Jugendlichen ausüben, daß keinerlei Zwang notwendig war, um sie hierbei zu erhalten. Die Arbeitsmethode der Tagesheime mußte so eingerichtet werden, daß sie den Jugendlichen, die in der überwiegenden Zahl zu Hause gar keine oder auch unzureichende Ernährung erhielten, eine solche in angemessener Weise gewährten, daß ferner in jedem Tagesheim die Jugendlichen wieder an geordnete, berufliche Arbeit gewöhnt und nach Möglichkeit hierin ebenso wie in ihren allgemeinen geistigen Interessen und ihrer körperlichen Entwicklung gefördert wurden. Zur Erreichung dieses Zieles wurde eine produktive Arbeit zum Ausgangspunkt für jede Gruppe gewählt, — kulturelle Anregungen durch systematische Vorträge, Ausprägungen und Veranstaltungen vorgesehen und auch die körperliche Kräftigung und Erholung der Jugendlichen in den Arbeitsplan einbezogen. Zur Erreichung dieser Aufgaben war Voraussetzung, daß die einzelnen Gruppen nicht über 25—35 Jugendliche hinauswachsen; soweit dies geschehen, wurde eine Teilung vorgenommen.

Der Aufbau der einzelnen Tagesheime wurde in der Weise vollzogen, daß einige interessierte, jugendliche Erwerbslose aus den Jugendorganisationen den Kern der einzelnen Gruppen bildeten. Die Leitung wurde für jede Gruppe einer pädagogisch vorgebildeten Kraft (meist Junglehrer) übertragen. Bei den Mädchengruppen waren diese Leiterinnen auch für die praktische Arbeitsgrundlage des Jugendheimes vorgebildet, bei den Jungengruppen wurde ein ausgebildeter Facharbeiter für die produktive Anleitung hinzugezogen. Nachdem wurden auf den Arbeitsnachmittagen und mit ihrer Unterstützung weitere geeignete erwerbslose Jugendliche dort ausgewählt und in die Tagesheime hineingenommen, die bald in vollem Umfange besetzt waren. Die Erfahrungen, die in der Zeit der wirtschaftlichen Krise in den Jahren 1923 und 1924 mit der Arbeit auf diesem Gebiete gemacht worden waren, hatten nicht zu den günstigsten Erwartungen berechtigt. Die besondere Schwierigkeit in der erzieherischen Behandlung der Jugendlichen, die sich für alle Gruppen herausstellte, lag darin, daß es sich überwiegend um junge Mädchen handelte, die bisher an keine Disziplin gewöhnt waren, darüber hinaus zumeist in monatelanger Arbeitslosigkeit die rechte Lust zu einer ordnungsmäßigen Tätigkeit verloren hatten. Die meisten der Jugendlichen stammten aus überaus traurigen Familienverhältnissen, hatten zu Hause keinen rechten Platz, keinerlei Anregungen und häufig nicht einmal die notwendige Nahrung und hatten sich meist lange Zeit am Tage und abends auf den Straßen herumgedrückt. Viele Jugendliche kommen auch jetzt in die Tagesheime, ohne vorher auch nur einen Bissen gegessen zu haben, so daß die Mittags- und Bisperrmahlzeit des Heimes ihre ganze Ernährung bildet. Aus diesen sozialen Verhältnissen erklärt sich, daß, besonders bei den männlichen Jugendlichen, überwiegend ein etwas grober und rauher Ton in der ersten Zeit ihres Verweilens im Tagesheim beobachtet wurde. Andererseits ergab sich, daß gerade solche Jugendliche, die lange Zeit ohne Tätigkeit waren, mit besonderem Eifer die Arbeiten in Holz und Metall, in der Schuhmacher- und Schlosserwerkstatt und auch in den hauswirtschaftlichen Fächern der Mädchengruppen aufnahmen. Bei den größeren Holzarbeiten wurde so verfahren, daß zunächst kleinere Gegenstände, die im Hause gebraucht wurden, den Jugendlichen zum persönlichen Gebrauch überlassen wurden; alsdann wurden größere Arbeiten zur Einrichtung des Tagesheimes selbst und zahlreicher Kinderzimmern und Horte gefertigt, die der Gemeinschaft dienen. Die Arbeit in den einzelnen Gruppen kann ihrer Natur nach keine eigentliche Fachausbildung zum Ziele haben. Sie will vielmehr den Willen und

die Lust zur Arbeit in den Jugendlichen wieder wecken, will ihnen inneren Halt und Befriedigung geben, die sie bei der langen Zeit ihrer Arbeitslosigkeit zumeist entbehren, bei den jungen Mädchen in harter Fabrikarbeit häufig noch nie empfunden hatten.

Um sie jetzt wieder an eine Arbeit zu fesseln, wurden die Beschäftigungen in den einzelnen Tagesheimen möglichst vielseitig gestaltet. In einem Tagesheim war ursprünglich nur eine Tischlerwerkstatt eingerichtet, es wurde dann zu einer vielseitigeren Ausbildung der Jugendlichen eine Schlosserwerkstatt hinzugefügt. Ebenso wurde bei einer anderen Gruppe von leichten Holz- und Metallarbeiten ausgegangen, als sich der Wunsch der Jugendlichen nach unmittelbar produktiven Arbeiten zeigte, wurde unter Leitung eines Schuhmachers eine Schuhmacherwerkstatt zur Ergänzung genommen. In den Mädchengruppen wurde von hauswirtschaftlichen Arbeiten ausgegangen, in der einen Gruppe von Näharbeiten und Schneiderei, die dann durch kunstgewerbliche Arbeiten, Buchbinderei und praktische Kinderpflege in einem städtischen Kinderheim ergänzt wurden; in einer anderen Mädchengruppe von einem Kochkursus, der dann gleichfalls durch Näharbeiten, Zeichnen und kunstgewerbliche Arbeiten und Kinderpflege seine Ergänzung fand. In allen Gruppen wurden neben den praktischen Arbeiten von vornherein planmäßig körperliche Betätigung in Spiel, Sport und rhythmischer Gymnastik sowie eine Förderung der kulturellen Interessen der Jugendlichen durch gemeinschaftliche Vespermahlzeiten, Anregung für eigene Beschäftigung mit Literatur, Musik und Gesang gestellt. Diese Anregungen wurden vertieft durch den Besuch von Museen nach gemeinschaftlicher Besprechung, die zuerst nicht ohne gewisse Abneigung der Jugendlichen verliefen und durch freudig aufgenommene Filmvorführungen, Konzerte, literarische Abende und wissenschaftliche Veranstaltungen der Urania und der Sternwarte, die in der Weise verteilt wurden, daß in jeder Woche etwa zwei solche Veranstaltungen aufgeführt wurden. Bei den Jungen mußte die Neigung zum Kartenspiel durch gute Beispiele ersetzt werden. Die einzelnen Gruppen veranstalteten in jeder Woche einmal eine eintägige Wanderung, zuweilen vereinigten sich auch mehrere Gruppen zu einer gemeinsamen Fahrt, Ausnahmeweise wurden diese Wanderungen auch über Sonnabend und Sonntag erstreckt.

Die pädagogische Erfassung der Jugendlichen hatte aus ihrer vorher geschilderten Einstellung zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Die meisten Jungen und Mädchen hatten bisher niemals gelernt, sich in eine Gemeinschaft einzufügen und mühten das Verständnis für die Bedeutung der Gruppe erst kennen lernen. Es kommt hinzu, daß sich nachträglich herausstellte, daß eine große Anzahl der in die Gruppe aufgenommenen Jugendlichen bereits früher wegen krimineller Verhältnisse mit dem Gericht in Berührung gekommen waren oder infolge von Erziehungsschwierigkeiten von der Fürsorge betreut wurden. Wenn trotz dieser Umstände nur in ganz wenigen Fällen ein Ausschluß von Jugendlichen aus der Gruppe notwendig war, so scheint dies ein Beweis dafür, daß verständnisvolle Erfassung in einer Jugendgemeinschaft wohl in der Lage ist, wertvolle Kräfte auch in diesen schwierigen Jugendlichen, trotz der wirtschaftlichen und kulturellen Not, in der sie stehen, zu wecken. Kennzeichnend ist, daß mehrere Jugendliche einer Gruppe auf der Straße ein Geldstückchen einer hier tätigen Schulfürsorgerin mit deren ganzen Monatsgehalt fanden und die Tasche mit ihrem vollen Inhalt zum Jugendamt brachten, so daß sie der Betreuerin zurückgegeben werden konnte. Diese Tatsache beleuchtet die Einstellung, die die Jugendlichen bereits nach einigen Wochen in der gemeinschaftlichen Arbeit gefunden haben; obwohl die meisten von ihnen sich in erheblicher wirtschaftlicher Notlage befanden. Eine besonders tiefe Verbindung der einzelnen Gruppen untereinander hat eine mehrtägige Fahrt der Jugendlichen in den Ostertagen herbeigeführt. Die Erziehung der Jugendlichen zur gegenseitigen Rücksichtnahme und zu einem freundschaftlich-kameradschaftlichen Verhältnis ist hierdurch aufs glücklichste gefördert worden.

Ursprünglich hatten die Befürchtungen bestanden, daß die Jugendlichen durch die anregende Ausgestaltung der Kurse etwa bezogen werden könnten, in ihrem Betreiben, eine ordnungsmäßige Arbeit zu finden, nachzulassen. Diese Befürchtung hat sich glücklicherweise nicht verwirklicht, obwohl in der Zuteilung freier Arbeitsstellen an die Jugendlichen der Kurse durch den Arbeitsnachweis aus technischen Gründen Schwierigkeiten eingetreten sind. Es ist demnach in erheblichem Umfange gelungen, Jugendliche aus den Kurven über den Nachweis in Arbeitsstellen unterzubringen und es ist bemerkenswert, daß der überwiegende Teil dieser Jugendlichen noch

jetzt in den Abendstunden nach ihrer Arbeit, in denen eine Mahlzeit den Jugendlichen nicht mehr gegeben wird, an den Bildungsveranstaltungen der Gruppen freiwillig teilnimmt. Die Vortragsabende und musikalischen Veranstaltungen werden in den einzelnen Gruppen ausgestellt. Die aktive Beteiligung der Jugendlichen bei den Spielen, den gymnastischen Übungen, Wanderungen und Reigentänzen soll auch in immer stärkerem Maße auf die unmittelbare Mitarbeit an der geistigen Fortentwicklung der Gruppen eingestellt werden.
Dr. Walter Friedländer.

Das Berliner Fortbildungsschulwesen.

I.

Das Berliner Ortsgefes.

Das von den städtischen Körperschaften beschlossene Ortsgefes über die Fortbildungsschulen (Berufsschulen) ist mit dem Beginn dieses Sommerhalbjahres in Kraft getreten. Die Errichtung der Einheitsgemeinde hat sich gerade auf diesem Gebiet als segensreich erwiesen. Schüler, die wegen ihrer geringen Zahl in kleinen Gemeinden zusammen unterrichtet werden mußten, obwohl sie nicht einen verwandten Beruf haben, können in der Großstadt in getrennten Klassen Unterricht erhalten. Die ungleichmäßige Beschulung in den verschiedenen Bezirken hört auf. Sie ist darauf zurückzuführen, daß bisher weder durch ein Reichsgefes noch durch ein Landesgefes die Gemeinden verpflichtet worden sind, Fortbildungsschulen zu errichten. Der Bezirk Reinickendorf hat z. B. drei verschiedene Ortsgefese gehabt; die gewerblich tätigen Mädchen in Tempelhof, Neukölln und Lichtenberg waren bisher überhaupt noch nicht eingeschult worden.

Die Teilung der Mammuffschulen.

Man darf aber nicht glauben, daß mit der Einführung des Ortsgefeses der Ausbau des Fortbildungsschulwesens abgeschlossen sei. Es ist vielmehr die Grundlage, auf der erst der Neubau aufgeführt werden kann. Von den dringenden Reformen ist am leichtesten zu verwirklichen die von dem Provinzialschulkollegium geforderte Teilung der Mammuffschulen mit 5000 bis 8000 Schülern. Ein Schulleiter ist einfach nicht in der Lage, sie zu übersehen. Ist er Handelslehrer, so fehlt ihm oft auch die notwendige Einsicht in die Arbeit seiner Kollegen in den gewerblichen Klassen; ist er Gewerbelehrer, so sind ihm die in den kaufmännischen Klassen unterrichtenden Lehrer, die er pädagogisch fördern soll, in ihren Vorfächern meist überlegen. Haben nicht auch in großen Fabriken die Produktionsabteilung und die Vertriebsabteilungen befähigte Leiter? Erfolgreicherweise ist die Teilung von der Deputation für Berufs- und Fachschulwesen beantragt worden.

Die Erhöhung der Stundenzahl.

Die Kosten dieser Teilung sind sehr gering, da keine neuen Schulhäuser gebaut zu werden brauchen. Wesentlich größer ist die finanzielle Auswirkung des von der Deputation an den Magistrat gerichteten Antrags, die Zahl der Wochenstunden in den kaufmännischen Abteilungen von 6 auf 8 zu erhöhen. In einer ganzen Reihe von Städten beträgt sie bereits 8. Nach den Angaben der Verwaltung würden 56 neue Lehrkräfte beschäftigt werden müssen, die ein Gesamtgehalt von 300 000 Mark jährlich begehren würden. In der Deputation ist der Antrag gegen die Stimme des Vertreters der Deutschen Nationalen Volkspartei angenommen, der Partei, die kürzlich dem Privatitzum ihres Parteifreundes Jemke, also einer einzigen Schule, 32000 Mark jährlich zu bewilligen bereit war. Zur Rechtfertigung der Forderung der Deputation sei darauf hingewiesen, daß die Fortbildungsschulen vorwiegend von früheren Volksschülern besucht werden und daß die Schulen der westlichen Außenbezirke, in denen es weit mehr höhere Schulen als in den östlichen gibt, der Stadt weit mehr kosten. Für die Schulen des Bezirks Zehlendorf gibt die Stadt z. B. 15 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aus, für die von Steglitz 18 Mark, für die von Wilmersdorf sogar 19 Mark, dagegen für die von Wedding 14 Mark, für die von Neukölln 13 Mark und für die von Friedrichshain 11 Mark. Die beantragte Erhöhung würde aber nur 7% Pfennige für den Kopf der Bevölkerung betragen. Hängt nicht die gewerbliche Zukunft Deutschlands wesentlich davon ab, in welchem Grade wir die in unserer Jugend schlummernden Kräfte zu wecken vermögen? Welche Schulgattung ist hierfür von solcher Bedeutung wie die Fortbildungsschule? Daher wird der Erhöhung der Stundenzahl in den kaufmännischen Klassen bald die in den gewerblichen folgen müssen. In dem Ortsgefes ist auch bereits bestimmt worden, daß die wöchentliche Stundenzahl durch einen Gemeindebeschluß von 6 auf 8 erhöht werden kann. In der Reichsschulkonferenz wurde im Jahre 1920 dem Ausschuss für Berufs- und Fachschulen der Ent-

1



10⁹⁰

2



12⁵⁰

3



10⁹⁰

Gib ich nicht Louis XV. in meine Schuhe

Modell 1 Lack mit Louis XV Absatz 17,50, derselbe mit amerik. Absatz 14,50, blond oder beige fein Leder 13,50, braun 12,50, Schwarz 10⁹⁰

Modell 2 mit Louis XV Abs. Lack 15,50, Chevreau 14,50; mit Lederabsatz Lack 14,50, grau oder blond fein Leder 12⁵⁰

Modell 3 Chevreau mit Louis XV Absatz oder Lack mit amerik. Absatz 14,50, blond oder grau fein Leder 13,50, schwarz 10⁹⁰

Ver' aufstellen in Groß-Berlin u. Potsdam:

SW, Friedrichstr. 240/41	N, Brunnenstr. 37
W, Potsdamer Str. 80	N, Danziger Str. 1
(an d. Kurfürstenstr.)	N, Friedrichstr. 130
W, Schillstr. 16	N, Müllerstr. 3
NW, Beusselstr. 29	O, Andreasstr. 50
NW, Tilmstr. 41	O, Frankfurter Allee 22
NW, Wilmacker Str. 22	SO, Oranienstr. 7a

50, Wrangelstr. 49 C, Spittelmarkt 15 C, Rosenthaler Str. 14 Neukölln, Bergstr. 30/31 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23 Potsdam, Brandenburger Str. 94

Das Recht auf den Boden.

Die 3. Internationale Bodenreformkonferenz.

Die Internationale Tagung der Bodenreformer fand in der Zeit vom 20. bis 26. Juli in Kopenhagen statt. Ihr schlossen sich noch mehrtägige Besichtigungen von Volkshochschulen, Bauernhochschulen und bäuerlichen Siedlungen in Dänemark an. Als Teilnehmer hatten sich mehr als 400 namhafte Vertreter des Bodenreformgedankens einzeichnen lassen, von denen rund 300 aus mehr als 20 Staaten erschienen waren. Der Zahl nach überwiegen die englischen und amerikanischen Delegierten, was sich auch dadurch ausdrückte, daß das Englische als Verhandlungssprache diente. Indessen hatten auch die romanischen Völker zahlreiche Vertreter entsandt. Aus Deutschland waren 27 Vertreter anwesend, was um so höher zu veranschlagen ist, als der führende Bund deutscher Bodenreformer sich offiziell an der Tagung nicht beteiligte. Das wurde auch dadurch anerkannt, daß vom dritten Tage an die deutsche Sprache mit als Verhandlungssprache benutzt wurde.

Die Konferenz ist offiziell als solche „für Grundwertbesteuerung und Freihandel“ bezeichnet worden. Der Hauptton der Verhandlung wurde denn auch auf diese beiden Punkte gelegt. Indessen sind auch andere Gesichtspunkte der Bodenreformbestrebungen zur Sprache gekommen, und zwar hauptsächlich in den Vorträgen der fünf deutschen Redner. Unter den Begrüßungsansprachen löste diejenige von Regierungspräsidenten Hans Krüger-Lüneburg, die, weil Krüger durch Krankheit am persönlichen Erscheinen verhindert war, durch Dr. Paletta-Berlin verlesen wurde, den lebhaftesten Beifall aus. Krüger behandelte die Bedeutung des Artikels 155 der deutschen Reichsverfassung als hervorragenden Erfolg der deutschen Bodenreformbewegung, von dem aus alle weiteren Erfolge praktisch zu entwickeln seien, und zwar sowohl für das Land- als auch für das Stadtvoll.

„Die Pflege der Landwirtschaft darf nicht nur eine Angelegenheit der Landwirte bleiben, sie muß Sache des ganzen Volkes werden. Damit gewinnt das Problem der Verteilung und Nutzung des ländlichen Bodens eine für die Zukunft der Nation geradezu ausschlaggebende Bedeutung.“ Die schwere Krise, die heute die europäischen Länder heimlich und die an den Grenzen der einzelnen Länder nicht haltmacht, sie vielmehr überspringt wie die schrecklichen Seuchen des Mittelalters, lehrt uns noch eins: Wir werden die Krise nur überwinden, wenn Europa Schluss macht mit der gegenwärtigen Absperrung und Aussperrung, mit den Hemmnissen, die dem Handel und Verkehr von einem Lande zum anderen bereitet werden.“

Vorträge hielten auf der Konferenz Schulvorsteher Jakob E. Lange-Dänemark über „Wirtschaftliche Befreiung“, Schriftsteller Berinder-England über „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit“, Gutsinspektor Berthelsen-Dänemark über „Boden und Volk“, Pfarrer Stewart-England über „Das Bodenrecht der primitiven Völker“, Fabrikant Mitchell über „Die Wohnungsfrage“, Ratsherr F. C. R. Douglas-England über „Bodenbesteuerung, Wohnungsfrage und Stadtplanung“, Dr. Otto Karuh-Deutschland über „Die Bodengehgebung in Deutschland und in Schweden“, Kaufmann Sam Renner-Belgien über „Die Grundwertbesteuerung in Belgien und in Frankreich“, Reichstagsabgeordneter Fabian Ranfson-Schweden und Schulvorsteher Andres Bedel-Dänemark über „Freihandel“, Dr. Axel Dam-Dänemark über „Weltfrieden durch Erziehung“, W. A. Vester über „Naturgesetze im Leben der Gesellschaft“, Oberarzt Dr. Pearson-England über „Moralische Gerechtigkeit und Weltfrieden“, Redakteur Gaston Fairhope (USA.) über „Bodenreform-Enklaven“, Schulvorsteher Begrup-Dänemark über „Grundlois und die Volkshochschule“, Kandidat Christensen-Dänemark und Dr. Piller-Budapest über „Bodenschätzung“, Folkethingsabgeordneter Frederiksen-Dänemark über „Theorie und Praxis in der neuen dänischen Boden-gesetzgebung“, Alfred Schar-Deutschland über „Die Bodenverteilung in Deutschland“, Sekretär Radson-England, Leubuscher-New York, Dr. Paletta-Deutschland, Redfern-Südaustralien und Adoolat Begueiferos-Havanna über „Die Grundwertsteuer in der Praxis“. Landtagspräsident Heinrich Peuss-Dessau, der in der vorletzten Sitzung den Vorsitz führte, sprach für die deutschen Vertreter bei der öffentlichen Kundgebung an der Freiheitsäule in Kopenhagen.

Zum Schluß der Verhandlungen wurden mehrere Resolutionen angenommen, die sich auf die Grundwertklärungen von Oxford (zweite Tagung im August 1925) stützen. Vor der Abstimmung gab eine Anzahl deutscher Vertreter eine Erklärung ab, durch die für die mannigfachen wertvollen Anregungen und Belehrungen

der Tagung der Dank ausgesprochen, zugleich aber auch erklärt wird, daß man in Rücksicht auf die „in den einzelnen Ländern ganz verschieden gelagerten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, und weil für uns die Richtlinien des Bundes deutscher Bodenreformer maßgebend sind“, sich an den Bestimmungen über die Resolutionen nicht beteiligen werde. Zugleich wird der Wunsch ausgesprochen, recht bald wieder Gelegenheit zu gegenseitigem Gedankenaustausch zu erhalten. Die angenommenen Resolutionen können ihres Umfangs wegen hier nicht wörtlich mitgeteilt werden. Aus ihrem Inhalt sei aber dieses angegeben: Die Konferenz bekräftigt erneut die Erklärung von Oxford 1923 über Ziel und Weg der Befreiung des Bodens. Sie richtet an die Staatsmänner des Völkerbundes eine Erklärung, nach welcher diese gebeten werden, die im Bodenmonopol wurzelnden Hauptursachen der Kriege und aller Völkerkriege ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dahin zu wirken, daß diese beseitigt werden. Die Konferenz befürwortet nicht nur die Handelsfreiheit über nationale Grenzen hinweg, sondern sie behauptet auch, daß, wenn die Regierungen Frieden, Gedeihen und Wohlstand innerhalb ihrer eigenen Grenzen herbeiführen wollen, sie dann den Grundsatz des Freihandels auch bei ihren Bürgern zu Hause anwenden müssen. Das könne aber nur geschehen, wenn alle anderen Steuern durch eine einzige Steuer, die „single Tax“, die Grundwertsteuer ersetzt werden.

Bei Beginn der Konferenz, die in ihrer Zusammensetzung in den Grundfragen wohl einheitlich gerichtet war, sonst aber mancherlei Meinungsrichtungen vertrat, herrschte größtenteils die Auffassung, in Deutschland habe die Bodenreformbewegung sich von den Prinzipien Henry Georges gänzlich abgewendet und es sei darum alles auszubieten, die deutsche Bewegung wieder auf diesen Weg zurückzuführen. Mehrmalige besondere Aussprachen mit den deutschen Teilnehmern haben jedoch diese falsche Annahme wirksam erschüttert, wenn auch nicht ganz beseitigt. Eine künftige engere Fühlungnahme zwischen den deutschen Bodenreformern mit denjenigen der anderen Länder Europas und der anderen Weltteile kann geeignet sein, die Bestrebungen gegenseitig zu befruchten. Das Bodenrecht unterliegt in allen Staaten gewissen geschichtlich gewordenen Eigenheiten, die für die geplanten Reformen der einzelnen Staaten berücksichtigt werden müssen. Orthodoxie ist, wie überall, auch in den Bodenreformbestrebungen vom Liebel. Wenn aber orthodoxe Vertreter vorhanden sind, die auch den „Marxismus“ durch einen „Georgismus“ abzulösen hoffen, so liegt dennoch kein Grund vor, deshalb sich etwa zurückzuziehen. Eine in sich selbst tragfähige Bewegung kann durch Dogmatiker, die stehen mögen, wo es auch sei, nicht zur Unfruchtbarkeit verdammt werden. Zu wünschen wäre aber, daß die späteren internationalen Bodenreformkonferenzen ihre Bestimmungen ähnlich regeln möchten, wie sonst auf internationalen Zusammenkünften abgestimmt wird. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob man sich in der Hauptsache nicht damit begnügen sollte, die von den Referenten vorzulegenden Richtlinien als wissenschaftliche Deklarationen einfach zur Kenntnis zu nehmen.

Wie schon früher mitgeteilt, haben an der Konferenz, neben bürgerlichen Bodenreformern, auch deutsche Sozialdemokraten teilgenommen. Dasselbe war von anderen Ländern festzustellen. Sogar einige Kommunisten sollen aus anderen Ländern gegenwärtig gewesen sein. Politische Parteiströmungen haben sich aber nicht geltend gemacht. Besonders ist von den deutschen Vertretern zu sagen, daß diese alles parteipolitisch Trennende zurückgestellt haben und es um so leichter konnten, als die deutsche Bodenreformbewegung parteipolitisch völlig neutral ist. Manche neue Anregungen wurden empfangen, die sich in der Folge auch für die deutsche Praxis werden nutzbar machen lassen. D. A.

Die neue Schutzollpropaganda.

Die Bekämpfung der Schleuderausfuhr als Vorwand.

Eine Reihe von Gruppen der Industrie und der Großlandwirtschaft entfalten neuerdings eine lebhaftere Propaganda zur Erhöhung von Zöllen. Angeblich ist es diesen Gruppen nur darum zu tun, den Schleudereport von Staaten mit schlechter Währung zu verhindern. Tatsächlich steckt dahinter der Wunsch, nun die Zölle allgemein zu erhöhen oder sie wenigstens gegen solche Länder anzuwenden, die die schärfsten Konkurrenten am Weltmarkt sind. Wie weit die neue Schutzollbewegung bereits um sich gegriffen hat, beweist die Tatsache, daß der Reichsverband der deutschen Industrie als Epithemorganisation der Unternehmer sich ernsthaft damit befaßt hat. Heute, Freitag, findet in Düsseldorf

eine Tagung von Verbandsorganen dieser bedeutenden Interessentenvereinigung statt, die auf Grund ausführlicher Erhebungen zur Frage des Antidumpinggesetzes Stellung nehmen soll. Wieder sind es, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ zu melden weiß, Kreise der Montanindustrie und daneben solche der chemischen Industrie, die für ein solches Antidumpinggesetz eintreten. Die Verarbeitungsindustrie hingegen, die bisher aus jeder Zollerhöhung von Rohstoffen nur Nachteile gezogen hat, wehrt sich mit großer Entschiedenheit dagegen. Entscheidend für die Beurteilung der Frage ist, daß die Forderungen der Interessenten früher bereits bei der Regierung auf starken Widerstand gestoßen sind.

So existiert eine klare Begriffsbestimmung des Dumpings eigentlich überhaupt nirgends in der internationalen Zoll- und Handelsgesetzgebung. Valutadumping und echtes Dumping werden in der Regel durcheinandergeworfen.

Daß es einen absolut sicheren Schutz gegen das Valutadumping durch gesetzgeberische Maßnahmen so gut wie gar nicht gibt, zeigen gerade die Erfahrungen im deutschen Exportgeschäft während der schlimmsten Inflationszeit. Die Denkschrift der Reichsregierung über die ausländische Gesetzgebung zur Abwehr des Dumpings kam deshalb auch zu dem Schlusse, daß der Gesamtexport derjenigen Länder, deren Industrien in größerem Umfange Valutadumping betrieben haben, durch ausländische Valutadumpingbestimmungen nur in geringem Umfange erschwert worden“ ist.

Ob ein echtes Dumping vorliegt, ist im Einzelfalle außerordentlich schwer festzustellen. Seine Bekämpfung durch zollpolitische Maßnahmen hat im günstigsten Falle den Erfolg, daß man den Inlandsmarkt gegen das fremde Dumping schützt. Die für den eigenen Absatz wichtigen Auslandsmärkte liegen natürlich nicht im Bereich der eigenen Zollgesetzgebung. Diese sind es aber in der Regel gerade, auf denen sich die Konkurrenz des Dumping treibenden Staates am unangenehmsten bemerkbar macht. Erfahrungsgemäß ruft jede Antidumpingmaßnahme automatische Gegenmaßnahmen desjenigen Landes hervor, gegen das sie gerichtet ist. Man erinnere sich nur der Komplikationen, die sich aus dem Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen die Abmachungen zwischen der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie über die Lieferung von Walzisen zu Weltmarktpreisen ergeben haben.

Die deutsche Industrie hat aus bekannten Gründen das größte Interesse daran, daß alle Schranken am Weltmarkt nach Möglichkeit abgebaut werden und daß keine neuen mehr entstehen. Gerade die Tatsache, daß das Schwerkriegsgewicht unserer Industrie sich immer mehr auf die Zweige der Herstellung von Fertigwaren, auf die Verfeinerung und Bereidung verschiebt, würde es außerordentlich bedenklich erscheinen lassen, wenn Deutschland ohne drückende Notwendigkeit als erster Industriestaat Maßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz mit dem Bestehen eines Dumpings begründen würde. Die Tatsache, daß man derartige Pläne hauptsächlich in der Landwirtschaft und in Kreisen der deutschen Rohstoffindustrie ventiliert, mit anderen Worten, daß die Freunde der Hochschutzzollgesetzgebung sich für Antidumping-gesetze ins Zeug legen, gibt ganz besonders zu denken. Die Einführung einer Antidumpingklausel in die deutsche Zollgesetzgebung würde gleichbedeutend sein mit der Schaffung einer Quelle fortgesetzter Beunruhigung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Es liegt durchaus die Vermutung nahe, daß der Ruf nach einer Antidumpinggesetzgebung nichts weiter bezweckt als eine Verstärkung des schon einjochig hochgehenden Zollschildes. Da der Weltmarkt für deutsche Antidumpingmaßnahmen nicht erreichbar ist, so könnte es sich leicht Endes nur darum handeln, das Preisniveau im Inlande durch Hochschutzzölle noch weiter zu erhöhen, um unter der Flagge der Abwehr ausländischen Dumpings gewissen deutschen Wirtschaftsgruppen tatsächlich ein echtes Dumping am Weltmarkt zu ermöglichen. Die Gegenmaßnahmen des Auslandes würden diesen Versuch sehr schnell zunichte machen. Eine tiefgehende Verstimmung und sehr peinliches Mißtrauen gegen die deutsche Außenhandelspolitik wären wohl das Einzige, was bei diesen Maßnahmen Bestand haben würde. Ganz besonders bedenklich wäre es aber, wenn durch die Einföhrung einer allgemein gehaltenen Antidumpingklausel die praktische Anwendung derselben im Berordnungswege ermöglicht würde. Der Reichstag darf unter keinen Umständen darauf verzichten, derartige Fragen unter Berücksichtigung des konkreten Falles zu entscheiden.

Die Biersteuererhöhung bis 1927 verschoben. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Kommissar der Allierten für verpändete Einnahmen haben zur Hinausschiebung der Biersteuererhöhung bis zum 1. Januar 1927 geführt, nachdem der Reichsfinanzminister erklärt hat, daß die Reparationszahlungen aus dem Reichshaushalt für das dritte Reparationsjahr dadurch nicht geschmälert werden.

SALAMANDER SCHUHE BILLIGER!

NUR NOCH 6 PREISE

GRUPPE 1	MARK 12 ⁵⁰
2	14 ⁵⁰
3	16 ⁵⁰
4	18 ⁵⁰
5	21 ⁰⁰
6	24 ⁰⁰

KEIN SCHUH MEHR ÜBER M.24

SALAMANDER



**Stahltrust und europäischer Eisenmarkt.
Neue Erhöhung der Eisenpreise in Oesterreich.**

Man wird in der nächsten Zeit gut tun, die Konzentrationsvorgänge in der europäischen Eisen- und Stahlindustrie nicht nur von Paris und Brüssel, sondern auch von Wien aus zu beobachten. Denn wenn die organisatorischen Entscheidungen auch ihren Schwerpunkt im Westen haben, der Schwerpunkt für die Preisgestaltung scheint der Stahltrust, der die Bemühungen für das Zustandekommen einer europäischen Eisen- und Stahlkonvention leitet, in Wien zu erblicken, wo die Alpine Montangesellschaft sitzt.

Wie gemeldet wird, verfolgt der deutsche Stahltrust mit gespanntem Interesse die Verhandlungen der mit ihm verbundenen Alpine Montangesellschaft mit den tschechischen Eisenwerken, die auf die Ersetzung aller Kartellverträge durch eine Interessengemeinschaft abzielt, die die Märkte neu verteilt und Preisvereinbarungen trifft. Parallel damit laufen Verhandlungen zwischen den tschechischen und polnischen Eisenwerken, die die Einbeziehung der polnischen Eisenindustrie in die Preisregelung und eine Abgrenzung der Märkte bezwecken. Die Basis dieser Verhandlungen scheint die weitgehende Ausschaltung der Konkurrenz auf dem mitteleuropäischen Markt und dem Balkan zu sein, der Preis, der das ermöglicht, soll, eine allgemeine Erhöhung der Preise.

Unter diesem Gesichtspunkt erhalten die Preiserhöhungen, die kürzlich unter der Führung der deutschen (Hies: Stahltrust) Eisenhändler in Wien erfolgten, eine besondere, weit über Oesterreich hinausreichende Bedeutung. Dieser Erhöhung von 27,50 auf 29 Schilling für Stabeisen folgt jetzt, nach der Verdoppelung der österreichischen Eisenzölle von 2,5 auf 5 Schilling, eine neue, und zwar sehr wesentliche. Man wird sich kaum darin täuschen, daß die österreichischen Preiserhöhungen nur der Vorläufer allgemeiner Preiserhöhungen sind, sobald die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei, Oesterreich und Polen Erfolg haben werden. Die Rückwirkungen auf Deutschland, damit auf den europäischen Eisen- und Stahlmarkt, liegen dann auf der Hand: das erwartete europäische Eisen- und Stahlgondolat wird nicht nur die Produktion regulieren, sondern auch zum Nachteil der europäischen Eisenverbraucher die Märkte monopolisieren. Auf diese Wirkungen hin werden die Devisenbesitzer und die Eisenverbraucher die weitere Entwicklung der Dinge, die augenblicklich in Oesterreich ihren Schwerpunkt haben, mit Aufmerksamkeit zu prüfen haben.

Die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Eisenabkommens zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg ist, wie die „Konjunkturkorrespondenz“ von gut unterrichteter Seite erfährt, für Anfang August zu erwarten. Die Bedenken der deutschen Eisen verarbeitenden Industrie sind durch folgende Zusagen der Eisenerzeuger zerstreut worden: Die deutsche Schwerindustrie verpflichtet sich, für die Dauer des internationalen Eisenabkommens keine weiteren Angleicherungen von Verfeinerungsbetrieben vorzunehmen. Der internationale Vertrag soll gerade auf deutsches Betreiben mit sehr kurzer Kündigungsfrist geschlossen werden. Die deutschen Teilnehmer verpflichten sich, ihren inländischen Verbrauchern gegenüber, das Pariser Eisenabkommen zum nächsten zulässigen Termin zu kündigen, sobald die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den Eisenverbrauchern das Abkommen als eine untragbare Belastung für die deutsche verarbeitende Industrie erklärt. Die deutsche Eisenindustrie war außerdem bereit, den inländischen Verbrauchern in der Frage der Preisfestsetzung gewisse Zugeständnisse zu machen. Es trifft jedoch nicht zu, daß das Inkrafttreten des Eisenpactes vom Abschluß und Inkrafttreten des deutsch-französischen Handelsabkommens abhängig gemacht worden sei.

Die Baupläne der Reichspost.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschloß in seiner Sitzung vom 29. Juli den zweiten Teil der im Etat vorgesehenen Anleihe von 150 Millionen im Betrag von 80 Millionen Markt zu begeben. Diese Anleihe wurde demselben Bankensyndikat, das auch die erste Anleihe übernommen hatte, fest zugewiesen. Die Bedingungen sind dieselben wie bei der ersten Anleihe, nur ist der Lebernahmefuß 98 Proz. anstatt 96,5 und auch der Auflegefuß für das Publikum 99,5 anstatt 98 Proz.

Darüber hinaus beschloß der Verwaltungsrat in dem Etat die Summe von 20 Millionen zur Ausgabe für Bauzwecke einzusetzen, um den Baumarkt zu beleben. Von diesen 20 Millionen, die durch Anleihe aufgebracht werden sollen, entfallen 16 Millionen auf Bauten und Grundstücksverwertungen für den Dienstbetrieb, 3 Millionen auf Beschaffung von Wagenhallen und Werkstätten für den Kraftfahrzeugbetrieb und 1 Million zur Vermehrung der Wohngelegenheiten für Postbedienstete.

Im Laufe der Aussprache fragte Abg. Bender, ob die Weiterbildung der im Postdienst stehenden Angestellten und Arbeiter über den kommenden Winter hinaus sichergestellt sei. Dies wurde von dem Vertreter des Reichspostministers, Staatssekretär Sautter, bejaht.

Der Zusammenbruch der Teichgräber-A.G. Die bekannte Drogenhandlung Theodor Teichgräber A.G. ist bekanntlich an der Unfähigkeit ihrer Verwaltungsorgane und an der Ueberforderung des Leistungsapparates zugrunde gegangen. Sie steht unter Konkurs. In der letzten Generalversammlung benutzten die Aufsichtsratsmitglieder die mit Recht gegen sie erhobenen Vorwürfe, um ihre Ämter niederzulegen. Es mußten deswegen auf Anordnung des Registerrichters neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden. Das Haus Camphausenstraße steht unter Zwangsverwaltung. Der Betrieb ruht. Für die zum Feiern gezwungenen Arbeiter ist es vielleicht ein Trost, daß bei dem Konkurs wahrscheinlich auch für Aktionäre und Gläubiger nichts oder nicht viel herauskommt. Das Haus ist hypothekarisch stark belastet. Warenvorräte sind kaum vorhanden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Bitte an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Temp. rechts, zu richten.

- 3. Kreis Wedding. Genossen, welche zu den Vorbereitungen der Städtischen Oper Karten wünschen, werden erbeten, diese umgehend, spätestens bis Sonnabend, 31. Juli, bei den Mitwirkenden des Bildungsausschusses oder dessen Vorsitzenden Genossen Schmitt, Legeler Str. 31, zu bestellen. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
- 14. Kreis Reinickendorf. Die Genossen, welche sich an der Panzerweihe in Adlershof beteiligen, fahren am Sonntag, 1. August, nachmittags 1.47 Uhr vom Bahnhof Reinickendorf ab. Anreisen des Truppes nachmittags 2 1/2 Uhr am Bahnhof Adlershof.

heute, Freitag, 30. Juli:

137. Abt. Reinickendorf-West. 8 Uhr öffentliche Volksversammlung in Hartmanns Brauerei, Schornweberstr. 104. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage des Proletariats, und wie haben sich die Beschäftigten beim Volksentscheid eingestellt?“ 2. Diskussion. Alle Genossinnen und Genossen bitten sich rechtlich und sorgen für Massenbesuch. Die Nachbarschaftsteilnahmen sind eingeladen.

Morgen, Sonnabend, 31. Juli:

48. Abt. 8 Uhr bei Keller, Kühlenstr. 1. Abrechnung der Bezirksführer.
75. Abt. Wannsee. Am Sonnabend findet die Verteilung der 10jährigen Bekleben im Hofe Friedrichsberg, Adligstr. 24. Alle Nachbarschaftsteilnahmen sind herzlich eingeladen.

Abteilungsmittelschleife! Am Sonntag, 1. August, findet die beschlossene Besichtigung der Siedlung für Hinterbliebene Familien in Hennigsdorf statt. Abfahrt nach Hennigsdorf: Göttinger Bahnhof 10 1/2 Uhr vormittags. Familienangehörige mitbringen. Gelegenheit zum Kaffeetrinken vorhanden. Es wird im Interesse der Sache um rege Beteiligung ersucht. Radfahrer fahren direkt nach Hennigsdorf, Fußgänger am Sportplatz.

104. Abt. Nierstedt-Adlershof. Am Sonntag, 1. August, beteiligen wir uns mit Panzer an der Panzerweihe der Abteilung Adlershof. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr an der Anstaltstraße, Adlershofer Straße. Die Jugendgruppen sind dazu herzlich eingeladen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

106. Abt. Schöneberg. Am Sonntag, 1. August, beteiligt sich die Abteilung Adlershof an der Panzerweihe in Adlershof. Abfahrt mit Panzer 1 1/2 Uhr vom Bürgerpark, für Radfahrer 2 1/2 Uhr Bahnhof Adlershof. Treffpunkt Adlershof.

108. Abt. Reinickendorf. Die Abteilung beteiligt sich an der Panzerweihe in Adlershof am Sonntag, 1. August. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr auf dem Adlershofer Platz in Adlershof.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 30. Juli:

Mitte: 8 Uhr in der Schule Oststr. 23a Vortrag: „Arbeitsdienstverweigerung“. Referent: Leo Hala. — Schöneberg: Diskussion über das Arbeiterprogramm. 2. Abend. Jugendheim Rudowstraße, Rudow. Generalfest mitbringen. — Reinickendorf: 8 1/2 Uhr Schule Gunglstraße. Literarischer Abend (Witz kaufen).

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Musiker!

Erscheint heute 8-Uhr zum Probe im Jugendheim Lindenstr. 2, zwecks Ausgestaltung unseres Sommerfestens.

Genossen und Genossinnen! Heute letzter Übungsabend für unser Sommerfest im Jugendheim. Erscheint zahlreich!

heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr:

- Schöneberg, Abteilung Adlershof: Heute von 5-7 Uhr Abrechnung, Ausgabe der Anzahlung „Jugend voran“ und der Anzahlung „Arbeiterjugend“.
- Schöneberg, Abteilung Wannsee: Heute nachmittags Kaffeebetrieb für die „Nieder-Adler“-Jugendgruppe.
- Schöneberg, Abteilung Wannsee: Ausgabe des Propagandamaterials von 6-7 Uhr.
- Reinickendorf II: Gemeindefest Schöneberg. Mitteilungsveranstaltung. — Wedding: Erdbeerfest Schöneberg. 1. Vortrag: „Dünne — Effektivität“.
- Reinickendorf II: Jugendheim Rudowstr. 100. Vortrag: „Jugend und Politik“.
- Reinickendorf III: Jugendheim Rieder Str. 100. Vortrag: „Staat und Gesetz“.
- Reinickendorf IV: Jugendheim Göttinger Str. 11. Vortrag: „Die Frau der Welt“.
- Schöneberg I: Parkstr. 11. Vortrag: „Jugendheim Adlershof“.
- Schöneberg II: Parkstr. 11. Vortrag: „Arbeiterjugend und Adlershof“.
- Schöneberg III: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg IV: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg V: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg VI: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg VII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg VIII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg IX: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg X: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XI: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XIII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XIV: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XV: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XVI: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XVII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XVIII: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XIX: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.
- Schöneberg XX: Parkstr. 11. Vortrag: „Begriff der Sozialpolitik“.

Sommertreffen in Brieselang.

Treffpunkte für morgen, Sonnabend:

Rosenkranz Vorstadt: 7 Uhr letzter Bahnhof, Wilhelmstr. 5. Invalidenstr. — Schöneberg Vorstadt: 6 Uhr Bahnhof Schöneberg West. — Köpenick: 6 Uhr Mariannenplatz (Kreuzwerdenbaum). — Wedding: 8 Uhr Bahnhof Pankow (Hauptstr. 30 Pl.). — Reinickendorf: 8 Uhr Bahnhof Pankow. — Reinickendorf II: 8 Uhr Bahnhof Reinickendorf. — Werdersee: 7 Uhr an der Werdersee (Fahrgeld 30 Pl.).

Treffpunkte für Sonntag:

Schöneberg Vorstadt: 1. Früh 8 1/2 Uhr Schöneberg West. — Köpenick: 1. Früh 7 Uhr Bahnhof Köpenick-West. — Wedding: 1. Früh 8 Uhr Bahnhof Wedding. — Wannsee: 1. Früh 8 Uhr Bahnhof Wannsee. — Reinickendorf: 1. Früh 8 Uhr Reinickendorf West. — Werdersee: 1. Früh 8 Uhr Werdersee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sedanstr. 37/38, Hof 2 Tr. Referent: Sonntag, d. 1. August, verbunden mit republikanischer Tag. Kameradschaften, die nicht im Auto kommen, fahren ab Potsdamer Ringbahnhof in halbstündiger Ausfahrt. Wir hoffen, alle Kameradschaften begrüßen zu können. Referent: Minister a. D. Dr. Wendt und Sitzung sowie Gewerkschaftler. — Mitte: Sonntag, d. 1. August, Dampfbohrer nach der Berliner Schweiz. 7 1/2 Uhr Hallesches, Fahrpreis 3 R. Kameradschaften, die an der Dampfbohrer nicht teilnehmen, treffen sich 7 1/2 Uhr morgens Steil.

Vorort mit Tönnen und Tambourcorps. Fahrt nach Werdersee. Gründungsversammlung. Fahrgehalt 30 Pl. — Schöneberg-Friedens: Sonntag, d. 1. August, veranlaßt die Kameradschaft Insel ihre Fahnenweihe in der Siedlung Lindenhof. Anlässlich der Feier im Bienenwäldchen (siehe Notizenausgabe). Anreisen nachmittags 1 Uhr Köpenick. Platzkonzert am Teufelsberg von 1-3 Uhr. So. d. 31. 8 Uhr. Anreisen zum Kaffeehaus, Pankowstraße. Mitteilungsveranstaltung. Die Kameradschaften werden erbeten, Fahnen zur Defekation für dieses Fest in der Geschäftsstelle Berliner Str. 2 abzugeben. Sonntag, d. 1. August, in der Halle aus. Dafür Spielplatz Rudowstraße. — Friedrichsberg: Fr. d. 30. 8 Uhr, bei Schwarz, Coppenstr. 42, Monatsversammlung.

Teutonia-Westen-Freilichtkämpfe. Als Abschluss ihrer Sommerferien veranlassen die Teutonen zusammen mit dem SC. Westen auf dem Sportplatz Friedrichsberg am Sonntag, 1. August, einen Bognachmittag. Beginn bei niedrigsten Eintrittspreisen 4 Uhr.

Arbeiterjugend in der Provinz. (Geschäftsstelle: R. 30, Teufelsberg 60; Danja 2276). Am 1. August an den Soldatengräbern auf dem Gornisriedhof Friedenskundgebung mit Kranzniederlegung. Treffen aller beteiligten Organisationen vormittags 11 1/2 Uhr auf dem Kaiser-Friedrich-Platz, Reinickendorf (Untergrundbahn Hohenheide).

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin. Die Vereinten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ostpreußen, haben zum Sommerausflug am Sonnabend, 31. Juli, in Reinickendorf bei Köpenick, Hohenheide 57, eingeladen. Einladungskarten sind in der Geschäftsstelle Berlin-Reinickendorf, Emser Str. 102, zu haben.

Arbeiterjugend für Wissenschaft und Lebensreform. I. B. D. Der Verein hat nachstehende Veranstaltungen neu eingerichtet: Bezirk Köpenick: Jeden Sonnabend von 5-7 Uhr im Hofe im Hofe am Bahnhof Köpenick. — Bezirk Köpenick: Jeden Montag ab 7 1/2 Uhr im Hofe am Bahnhof Köpenick. — Bezirk Mitte: Jeden Montag ab 7 Uhr im Hofe am Reinickendorf, Lindenstr. 102.

Gesellschaft West: Jeder Sonntag im kommenden Sonntag, 1. August, vormittags 10 Uhr, im Gemeindefest der Teutonen, Charlottenburg, Reichsstr. 79, im Rahmen einer reichlichen Kaffeezeit über das Thema: „Das Leben eines Mann“ Am darauffolgenden Sonntag, 8. August, ebenfalls 6 Uhr, an gleicher Stelle über das Thema: „Freundschaft, Wahrheit, Liebe“.

Deutscher Esperanto-Bund. Ortsgruppe Berlin: Freitag, 30. Juli, 8 Uhr, Konditor Dobbin, Hofstr. Markt: Übungsabend. Gäste willkommen.

Sport.

Kennen zu Grunewald am Donnerstag, den 29. Juli.

- 1. Rennen. 1. Wumply (Kufles), 2. Falter (B. Schmidt), 3. Märchenaubertin (R. Derichau). Toto: 28:10. Platz: 14, 13, 18:10. Jerner Hefen: Kreuz, Mainz, Kellner, Saluk, Grille.
- 2. Rennen. 1. Sandhals (Kauf), 2. Embrocation (Wale), 3. Eleonora (Derk). Toto: 39:10. Platz: 14, 19, 17:10. Jerner Hefen: Kreuz, Mainz, Kellner, Saluk, Grille.
- 3. Rennen. 1. Cupido (C. Zeffert), 2. Dormann (Krause), 3. Antike (Kauf). Toto: 31:10. Platz: 29, 26, 20:10. Jerner Hefen: Küberhauptmann, Czapf, Contempt of Court, Stummer Teufel, Ledemann, Kahl.
- 4. Rennen. 1. Graf Ritter (v. Borde), 2. Königsbader (Dr. König), 3. Karal (p. Lewinski). Toto: 44:10. Platz: 16, 15:10. Jerner Hefen: Landrat, Fischer, Lencade.
- 5. Rennen. 1. Malachit (C. Eichhorn), 2. Humera (Kauf), 3. Sturmhauf (D. Scholz). Toto: 17:10. Platz: 12, 17:10. Jerner Hefen: Uothide, Petronius, Dagen.
- 6. Rennen. 1. Falter (p. Lewinski), 2. Lupo nabis (v. Borde), 3. Antike (v. Danden). Toto: 34:10. Platz: 20, 16:10. Jerner Hefen: Gerold, Kriechen.
- 7. Rennen. 1. Benelope (R. Tiele), 2. Lucraria (B. Streif), 3. Urbein (Kufles). Toto: 32:10. Platz: 15, 17, 41:10. Jerner Hefen: Hippa, Jirn, Chajit, Parnag, Ramos, Kühlung.

Freuen-Weißhofen im Stadion. Am kommenden Sonntag werden im Grunewald-Stadion die Freuen-Weißhofen über 1 und 25 Km. des Bundes Deutscher Radfahrer ausgefahren. Drei weitere Rennen umrahmen das Programm. Beginn 4 Uhr.



Schau in den Spiegel

nach einer Kopfwäsche mit „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“. Beachte, wie locker, voll und seidig Dein Haar jetzt aussieht, wie leicht und weich es sich in eine vorteilhafte Frisur legen läßt! Achte aber beim Einkauf genau auf die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“

Schaumpon mit dem schwarzen Kopf

Am meisten begehrt, weil am längsten bewährt!

Kaffee-Woche!

bis Donnerstag, den 5. August

Spezial 1/4 Pfd. 1.¹⁵ jetzt 1.- M
Exquisit 1/4 Pfd. 1.⁰⁵ jetzt 90 Pf.

Hochfein 1/4 Pfd. 85 jetzt 70 Pf.
Extrafein 1/4 Pfd. 70 jetzt 55 Pf.



Eigene Kaffee-Rösterei

147 Geschäfte in Groß-Berlin

Der Vater.

Novelle von Kopernikus.

Erntetrübsig und satt von Sonne standen die Kornfelder weit und breit und rührten sich nicht. Nur das leichte Laub der weifschlanken Birken, die wie riesige Lilien die breite gut gepflegte Chaussee einfaßten, bewegte sich hier und da wie aus eigener Kraft und der Blick des in freudiger Erregung dahertretenden Mannes freute sich daran.

So schreitet man aus, wenn man nach langer Zeit wieder der Heimat zustrebt und eine freudige Ueberraschung für liebe Menschen im Busen birgt.

Der junge rüstige Mann — er hieß Walter Ebeling — dachte beim Anblick der Heimat stüchtig über sein Leben nach. Durch den Krieg hatte sich wie bei so manchem anderen Zeitgenossen auch seine Laufbahn etwas verspätet, so daß er erst jetzt mit zweiunddreißig Jahren sein medizinisches Staatsexamen in der Tasche hatte und sich „Arzt“ nennen durfte.

Aber trotzdem waren die Aussichten günstig für die Zukunft. Denn vor kurzem war der alte Landarzt, zu dessen Bezirk auch Walter Ebelings Heimatdorf gehörte, gestorben und da konnte er — Walter — sitz in die Praxis einspringen, hatte auch gleich auf des alten Großvaters Konrad vorsorgliches Anraten hin die nötigen Schritte unternommen und gedachte jetzt persönlich das Weiter zu tun. Die Bauern und Gutsbesitzer rundherum kannte er ja alle genau und wußte sich von ihnen geliebt und geschätzt. Da brauchte er sich keine Sorgen zu machen.

Hatte er die überhaupt je gekannt? Hatte er sich jemals den Kopf zerbrochen, wie die Mutter es auf dem ach so kleinen Bauerngrundstück möglich gemacht hatte, daß er das Gymnasium in der Stadt besucht und dann jahrelang an den verschiedensten Universitäten des deutschen Vaterlandes studiert hatte, ohne an Kollegengeldern, Büchern oder guter Unterkunft und gutem Essen sparen zu müssen? Seine Mutter? Diese zarte fränkische Frau?

Und doch, der Vater war ja schon gestorben, als Walter Ebeling kaum fünfjährig gewesen. Ueberhaupt hatte er seinen Vater nur in sehr dunkler Erinnerung und keiner angenehmen. Nur zänklicher Auftritte zwischen Vater und Großvater erinnerte sich Walter Ebeling, und der alte ehrpüßelige Mann hatte dabei dem Schwiegerohn manches harte Wort gesagt, dessen Bedeutung dem Enkel erst sehr viel später klar geworden war, ohne daß er sich aber nun hinterher irgendwelche Gedanken darüber gemacht hätte. Der Vater war in der Erinnerung des Heranwachsenden immer mehr und mehr zu einem unwirklichen Schatten verblaßt.

Jetzt, in Gedanken an jene erste Jugendzeit, mußte der junge Arzt besonders an ein Wort des Vaters denken, das ihm früher viel Kopfzerbrechen gemacht hatte. „Reingeheiratet“ hieß das Wort, das der alte Mann dem Schwiegerohn so gern an den Kopf geschleudert hatte. Reingeheiratet! Nein, es war ja zum Lachen, wie diese Kleinbauern ihren noch so geringen Besitz für ein kleines Königreich hielten. — Reingeheiratet!

Was der Vater darauf zu antworten hatte, das hatte der kleine Walter allerdings nie erfahren. Denn jedesmal wenn der Streit zwischen den Männern bis zu diesem Punkte gediehen war, zog die weinende Mutter auch schon den neugierigen Knaben aus dem Zimmer.

Vergangene Zeiten! Walter Ebeling ließ, sechlich pfeifend, den Spazierstock um die Hand wirbeln und schritt rüstig aus. Es waren doch gut zehn Kilometer von der kleinen Bahnstation bis zu seinem Heimatdorf — und bei dieser Hitze! Wie eine kleine Erlösung le-grüßte er es daher, als er jetzt durch das große Kirchdorf wanderte, das etwa auf der Mitte seines Weges lag, seinen alten Pfarrer besuchen zu können. Dem guten Manne, der ihm die ersten lateinischen Vokabeln eingepaukt, mußte er zu allererst von dem bestandenen Examen Mitteilung machen. Und dabei konnte er sich gleich allerlei gute Winke betreffs seiner Niederlösung als Arzt geben lassen.

Der Pastor war nicht zu Hause. Aber seine Haushälterin, der Walter Ebeling ja auch kein Unbekannter war, führte den Besuch ins Amtszimmer und meinte freundlich, daß der Herr Pfarrer in Bälde heimkommen müsse, da er nur seinen üblichen Seelsorger-spaziergang in die Umgegend gemacht habe, und so sah der junge Arzt mit einmal in einem ihm wohlbekannten Raum.

Hier hatte ihm der damals im beste Mannesalter stehende Pastor den ersten lateinischen Unterricht gegeben. Hier hatte er ihm traktiert: Aqua das Wasser, sum — ich bin usw.

Ha! und dort lagen ja auch die dicken Kirchenbücher, die dem Knaben immer so geheimnisvoll erschienen waren und die in ihrer Art ja auch eine ganze Chronik aller umliegenden Güter und Dörfer enthalten mußten. Mit einer gewissen Scheu griff Walter Ebeling nach dem obersten Buche, legte es auf den großen Schreibtisch des Pfarrers und schlug es auf. Jahrgang auf Jahrgang war da eingetragen. Tausen, Hochzeiten, Begräbnisse.

Und schon hatte der neugierige Forscher auch den Hochzeitstag seiner Eltern gefunden. Er stutzte. Peinlich berührt. Krauste ärgerlich die Stirn. Da mußte doch ein Verstum vorliegen! Aber dann er-wachte der moderne Mensch in ihm und lächelte, überlegen, schmun-zelte sogar von Herzen: warum sollte er nicht — fünf Monate nach der Hochzeit seiner Eltern geboren sein!? Ja ja, es war schon so. In diesem Buche war alles in Ordnung; hier ging das Leben seinen glatten Weg und die streng chronologische Reihenfolge der Ein-tragen ergab sich ja von selbst. Die Daten stimmten schon.

Aber was ergab sich daraus? Der junge Mann lächelte wie-derum. Er stellte sich seine Eltern im Geiste vor. Dann muß die Liebe doch einmal recht heiß gewesen sein, dachte er ein bißchen boshaft. Aber dieser Gedanke ließ ihn gleich den Kopf schütteln. Schnell, schnell mußte der Liebesrausch wieder verfliegen sein. Ein glückliches Ehepaar waren die Eltern nicht gewesen. Das merkte selbst ein Kind. Und auch nie hatte die Mutter in späteren Jahren erinnerungswoll des Verstorbenen gedacht, dem Sohne nie vom Vater gesprochen. Und plötzlich viel Walter Ebeling bei seinem Hin- und Hergrübeln ein Wort ein, an das er gerade eben erst ge-dacht hatte: reingeheiratet!

War das die Lösung des Rätsels? Hatte der Vater die Mutter als junges Mädchen — verführt? Verführt, um in das kleine Grund-stück „hineinheiraten“ zu können? Ein Zug unsäglicher Berachtung umspielte den Mund des jungen Arztes. Konnte man zu solchen Mitteln greifen, um — so lächerlich kleine Ziele zu erreichen? Allerdings, wenn er alle dunklen Erinnerungen an den Vater zu-sammensuchte und zu einem Gesamteindruck vereinigte, — so sah eine Handlungsweise konnte dem Vater schon ähnlich sehen. Solch einen Vater hätte er also, er, Walter Ebeling.

Um so glücklicher war er, daß er selber als Sohn der guten ge-liebten Mutter um so mehr Freude bereite. Denn glücklich war sie über ihn; das wußte er. Nur schade, daß der ehrgeizige Großvater

Sächsisches Volksopfer.

Sehr instruktiv für die Richter ist Meißners mit großem Selbstbewußtsein hingeworfene Bemerkung, daß ihm, einem Manne, der immer nur mit Großstadtregeln verkehrt habe, eine Borkelkugel von 250 Mark natürlich nicht so bedeutend erscheinen müsse, wie etwa einem Beamten mit mittlerem Gehalt. Doch Meißner an jenem Abend der Borkelkugel 500 Mark für eine Borkelkugel verprochen hat, bezeichnet der Vorsitzende als „unmoralisch und unweitlich“ und außerdem als „überflüssig“, da „solch eine Frau doch über feste Einnahmen verfüge“. (aus dem Verhandlungsbericht gegen Meißner und Köster).



Meißner: „Immer langt zu, Kinder! Das Volksopfer ist doch für schiffbrüchige Existenzen gesammelt worden!“

nicht mehr lebte; was hätte der erst für eine Freude an einem Enkel gehabt, der sich „Herr Doktor“ nennen lassen durfte! Aber der alte Mann war nun auch schon fast zwanzig Jahre tot.

Geräusche schreckten den Grübelnden aus seinen Gedanken.

Der Pfarrer war heimgekommen.

Die Begrüßung war äußerst herzlich und der alte Herr ehrlich erfreut über das so glatt bestandene Examen seines ehemaligen Söglings.

Dann aber wurde der Ausdruck seines Gesichtes seltsam ver-sonnen und ernst und er sagte mit einer gewissen Feiertlichkeit:

„Sie mühten sich beelien, nach Hause zu kommen, lieber Walter. Ich komme soeben von dort.“

„Ist Mutter krank?“ unterbrach ihn der junge Arzt von einer jähen Ahnung beflommen.

„Nein,“ sagte der Pastor, „Ihrer Frau Mutter geht es nicht schlechter als sonst. Ihr fehlt nichts Besonderes. Aber wenn Sie den alten Konrad noch einmal sprechen wollen, mühten Sie sich beelien.“

Der Doktor Ebeling griff unwillkürlich nach seinem Hute.

„Aber selbstverständlich,“ murmelte er.

Der Pastor sagte schnell:

„Dann begleite ich Sie noch ein Stückchen, damit Sie keine Zeit verlieren. Der Kreisarzt hat ihn aufgegeben.“

Da waren sie auch schon draußen und schritten die helle Chaussee, deren Birkenstämme nur wenig Schatten gaben, dahin.

„Haben Sie Ihr Examen daheim schon mitgeteilt?“ fragte Pastor Bornemann im Gehen.

„Nein,“ war die zerstreute Antwort.

(Schluß folgt.)

„Das ist das Haus am schwarzen Moor.“

Von Georg Weerth.

(Gestorben am 30. Juli 1856.)

Das ist das Haus am schwarzen Moor,
Wer dort im letzten Winter froh,
Der friert dort nicht in diesem Jahr —
Er sank schon längst auf die Totenbahn!

Das ist das Haus am schwarzen Moor,
Das Haus, wo der alte Jan erlor.
Zur Tür gewandt das weiße Gesicht,
Starb er und wußt' es selber nicht.

Er starb. — Da kam, wie ein scheues Reh,
Der Tag und hüpfte über den Schnee.
„Guten Morgen, Jan! Guten Morgen, Jan!“ —
Der Jan keine Antwort geben kann.

Da erhoben die Glocken ihr hell Geläut;
Sie sangen und klangen und riefen so weit:
„Guten Morgen, Jan! Guten Morgen, Jan!“ —
Der Jan keine Antwort geben kann.

Da kamen die Kinder aus der Stadt:
„Wir wissen, wie lieb er uns alle hat;
Guten Morgen, Jan! Guten Morgen, Jan!“
Der Jan keine Antwort geben kann.

Tag, Glocken und Kinder er nicht verstund.
Da nahte die sonnige Mittagstund'.
Da nahte ein armes Weib: „Mein Jan,
Willst essen und trinken nicht, alter Mann?“

Sieh, was ich brachte dir aus der Stadt:
Sollst froh nun werden und warm und satt!“ —
Die Alte jah lange auf ihren Jan,
Dann fing sie bitter zu weinen an.

Da weinte sie an dem schwarzen Moor,
Am Moor, wo der alte Jan erlor;
Da weinte sie ihr brennend Weh
Hinunter in den kalten Schnee.

(Aus den „Nieder aus Sanktshire“.)

Die Zukunft der Wolkenkratzer.

In der Park Avenue von New York ist soeben ein neuer Typ von Wolkenkratzern errichtet worden, der für die Zukunft entschei-dende Änderungen der Wohnhäuser Amerikas bedeutet. Dies ist ein richtiger „Wohnberg“ in dem zugleich ein Hotel untergebracht ist. Aus wirtschaftlichen Gründen müssen die Wolkenkratzer immer höher gebaut werden, und es wird bald zum Luxus gehören, niedriger zu wohnen als 60 Stockwerke. Die Entwicklung New Yorks drängt mit absoluter Notwendigkeit in die Höhe. Zugleich mit dieser neuen Entwicklung der Wohnhäuser muß eine Neuentwicklung des Verkehrs einhergehen. Es ist darum vorgesehen, die Wohnhäuser oder „Wohn-berge“, wie sie besser bezeichnet werden, an zahlreichen Stellen durch Brücken und Bürgersteige miteinander zu verbinden, so daß eine Art von hängenden Straßen entstehen wird, die einen Teil des Fuß-verkehrs in die Höhe verlegt.

Durch derartige Anlagen wird dann das ganze Verkehrsnetz der Stadt New York nach oben verschoben werden, zumal man an die Anlagen von Terrassen denkt, die unter Umständen sogar einen Verkehr von Automobilen in diesen Höhen zulassen. Im allgemeinen denkt man sich die Entwicklung aber so, daß der Fußverkehr in den Wäldern stattfinden dürfte, während der Wagenverkehr auf ebener Erde vor sich gehen muß. Die Baumeister haben bereits für diese neue Bauweise reizvolle Möglichkeiten zur Verschönerung und Aus-gestaltung der hängenden Straßen vorgesehen, um diese Straßen vollkommen vom Lärm und Schmutz der Großstadt freizumachen. Schon die Höhe, in der die Straßen sich befinden, gibt ihnen die Möglichkeit, die Luft ganz rein zu halten, da erfahrungsgemäß Staub und Bazillen nicht so hoch geschleudert werden. Um die Wohn- und Lebensmöglichkeiten in diesen Höhen noch zu verbessern, beabsichtigen die Baumeister, hier hängende Gärten einzuführen, die allerdings nicht nach der Art der hängenden Gärten der Semiramis gebaut sein werden, sondern einen ganz neuen Typ darstellen dürften. Da-durch, daß die Wohnungen alle in die Höhe verlegt werden, ist auch der genügende Verkehr auf diesen Straßen gesichert, denn es wird ebenso möglich sein, alle Geschäfte auf diesen Höhenstraßen abzu-wickeln, wie man sie bisher auf der Erde zu erledigen gewohnt ist. Auch Kirchen sollen in diesen Höhen gebaut werden, ebenso wie Theater, Sportplätze usw. usw. Schon jetzt ist eine Anzahl von Wolkenkratzern dazu übergegangen, ihre Dächer zu Verkehrszielen aller Art, zu Vergnügungen und zu Sportbetätigungen auszunutzen, aber diese Verwendung ist noch ganz vereinzelt, und es ist nicht möglich, eine allgemeine und gleichmäßige Benutzung durchzuführen. Die neue Bauart der Wolkenkratzer, wie sie in dem „Wohnberge“ bereits begonnen worden ist, wird aber einen grundsätzlichen Unter-schied dadurch bilden, daß die Gebäude eben zusammen in die Mög-lichkeit einer Stadt hoch in den Wolken ergeben werden. Das systematische Zusammenfügen aller dieser Gebäude zu einem einheit-lichen neuen Stadt-Typ mit Straßen, Wäldern, Gärten ist das Neue und Revolutionäre, das diesem Wolkenkratzer-Typ anhaftet.

Ein geräucherter Schaffkäse wird unter dem Namen Stjepka in der Slowakei erzeugt. Die Schaffkäse werden in Stücke geformt, rund um ein Holzständerchen gelegt und ständig gewendet. So wird der Käse langsam geräuchert und ein pikanter Geschmack erzielt. Nach der „Ostdeutschen Volkerei- und Käseerei-Zeitung“ ist der so geräucherte Käse jahrelang haltbar! Im ganz harten Zustand kann man den Käse sowohl als Reibkäse, ähnlich dem Parmesan, oder auch unmittelbar zum Essen verwenden. In manchen Gegenden wird der ganz harte Käse im Brotrohr geröstet, wodurch er wieder weich wird, um dann verspeist zu werden.

Anekdoten. Der berühmte englische Chirurg Lord Lister wurde nachts plötzlich zu einem reichen Mann gerufen, der ihn mit vielen Seufzern und den Worten empfing: „Ach, Herr Doktor, mir geht es schrecklich schlecht, ich glaube, ich sterbe.“ — Lord Lister unter-suchte den Kranken und sagte schließlich unbarmerzig: „Haben Sie Ihr Testament gemacht?“ — „Nein,“ jammerte der Kranke. „Sie glauben also wirklich...?“ — „Wie heißt Ihr Rotar?“ — „Mister Soundso, aber lieber Herr Doktor...“ — „Lassen Sie ihn ruhen!“ unterbricht ihn unerbittlich Lord Lister. — „Aber sagen Sie doch, Herr Doktor, ich bin doch schließlich noch gar nicht so alt...“ — „Lassen Sie ihn ruhen, gleichfalls Ihren Vater und Ihre beiden Söhne.“ — „Also glauben Sie wirklich, daß ich sterben muß?“ — „Nein, aber ich will nicht der einzige Dummkopf sein, den Sie heute nacht aus dem Bett gejagt haben.“

Heute Vorverkauf!

EINHEITS-PREISE

Jetzt kaufen heißt sparen

Ausserdem:

Billige Lebensmittel

Ausserdem:

Kolonialwaren Weizengriess Pfund 27 Pf. Hartgriess Pfund 29 Pf. Valencia-Reis Pfund 34 Pf. Java-Reis Pfund 33 Pf. Weissbohnen Pfund 95 Pf. Linsen 6 Pfund 95 Pf. 1/4 Pfund Kaffee 1 Pfund Zucker 95 Pf. 1 Pfund Kakao 1 Pfund Zucker 95 Pf. Kaffee 2 Pfund, Bohnen, Pfund 65 Pf. Kaffee frisch gebrüht, Pfund von 2 40 an	Grüne Bohnen 5 Pfund 5 Pf. Tomaten Pfund 9 Pf. Blaubeeren Pfund 15 Pf. Neue Kartoffeln 10 Pfund 35 Pf.	Wurstwaren Hausm.-Sülze Pfund 40 Pf. Hausm.-Leberw. Pfund 85 Pf. Hausm.-Rotw. Pfund 95 Pf. Speckwurst Pfund 95 Pf. Grobe Mettw. Pfund 95 Pf. Jagdwurst Pfund 1 20 Knoblauchwurst Pfund 1 20 ff. Leberwurst Pfund 1 50 Holsteiner Zerkalt u. Salami Pfund 1 75 Nußschinken Pfund 1 80	Käse u. Fette Bayr. Romadour vollr. Butter 17 Pf. Limburger Pfund 42 Pf. Tilsiter Pfund 50 Pf. Brikkäse vollfett, Pfund 95 Pf. Emmenthaler 1/2 Pfund 95 Pf. Bayr. Schweizer Pfund 1 00 Margarine Pfund 55 Pf. Dän. Butter 1/2 Pfund-St. 1 03	Frisches Fleisch Hammel (Dicke Rippe) Pfund 90 Pf. Hammelrücken Pfund 1 05 Hammelkeulen Pfund 1 05 Kalbskeulen geteilt, von 3 Pfund an, Pfund 95 Pf. Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1 05 Schweineschulterblatt Pfund 1 05 Schweineschinken Pfund 1 20 Prima Schmorfleisch ohne Knochen, Pfund 1 30 Prima Rouladen Pfund 1 40	Fische u. Räucherwaren Seelachs o. K. Lgr. Pfund 13 Pf. Grüne Heringe Pfund 22 Pf. Zander, gefr. Pfund 78 Pf. Fettbücklinge Pfund 35 Pf. Seelachsgeräuch. Pfund 40 Pf. Bundale Pfund 48 Pf.	Fetter Speck nach Pfund 95 Pf. Mettwurst nach Braunschweig, Art Pfund 95 Pf.	Obst Spillinge Pfund 10 Pf. Essbirnen Pfund 11 Pf. Johannisbeeren Pfund 20 Pf. Pfirsiche Pfund 28 Pf. Saure Kirschen Pfund 30 Pf. Strudeläpfel Pfund 17 Pf.
Gemüse Weisskohl Pfund 3 Pf. Wirsingkohl Pfund 5 Pf. Rotkohl Pfund 7 Pf. Möhren gewaschen Pfund 5 Pf. Salat Pfund 5 Pf. Pfefferlinge Pfund 25 Pf. Schlangengurken 8 Pfund an Neue Zwiebeln Pfund 10 Pf.	Gefrierfleisch Prima Ochsen-Suppenfleisch Pfund 50 Pf. Pa. Ochsenkamm oder Querrippe Pfund 56 Pf. Pa. Ochsen-Roastbeef m. Kn., Pfund 70 Pf. Pa. Ochsen-Schmorfl. Keule o. K. Pfund 80 Pf. Prima Hammelverderfleisch Pfund 72 Pf. Prima Hammelrücken Pfund 82 Pf. Prima Hammelkeulen Pfund 90 Pf. Prima Rinderlalg gefroren Pfund 40 Pf. Gehacktes Pfund 74 Pf. Frische Schweineköpfe Pfund 46 Pf.	Fische u. Räucherwaren Suppenhühner frisch geschlachtet Pfund von 1 20 an Rehblätter Pfund 1 15 Aprikosen- oder Himbeer-Konfitüre Himbeere, ca. 2 Pfund 1 25	Himbeer- u. Kirschsafft 70 Pf. 1 30 1/2 Fl. 5 Fl. 6 25 Frankfurt. Apfelwein 1/2 Fl. 58 Pf. 10 Pf. 5 50 Johannisbeerwein 1/2 Fl. 90 Pf. 10 Pf. 8 50 Cider Apfelwein 1/2 Fl. 90 Pf. 10 Pf. 8 50 Zur Sowie! 10 Pf. Rhodler Rosengarten, 1 Fl. Fruchtsoekt Herdieslber 10 00 ohne Pf. Donaths Apfelmost 1/2 Fl. 75 Pf. 10 Pf. 7 00 Deutscher Weinbrand vorzügliche Qualität 1/2 Fl. 3 25 5 Fl. 16 00	Weine vom Fass in den bekannt guten Qualitäten!			

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshühne
Theater am Ellwiplatz
Nur bis 31. Juli
8 Uhr
Dortüber läßt sich reden

Deutsches Theater
Norden 10334-38
Gastspiel mit im Rahmen
8 1/2 Uhr

Max Adalbert
Das Skel

Die Komödie
Bismarck 2414, 7510
8 1/2 Uhr

Dyckerpotts Erben
Ab Sonntag, 1. Aug.
8 1/2 Uhr

Die fleißige Leserin

Schiller-Th.
Operetten- und Lichtspiele
8 Uhr
Die Leichte Isabell

Lessing-Th.
Paul Henckels zum 54. Male:
Schneider Wibbel
Leber, Gedächtnis
Sommerp. 1-3 M.
Witz & Volkshühne, Grand
schall, Schicksaler von
Lorenz gute Plätze à 1,50,
auch im Amphitheater

Kleines Th.
Leckerbissen
Vorz. dieses zählt
50% d. Kassenerpr.

Serliner Theater
1 1/2 Uhr: Donner-
weiner, ganz famos

Deutsches Künstl.-Theater
Tagl. 8 1/2 Uhr:
Der fröhliche Weisberg
31. Juli, 7 1/2 Uhr:
Premiere
Der Nobelpreis
Th. & Karlsruhendam
Sonnt. 1. Aug. 7 1/2
Premiere
Yvonne
Faden v. Reichardt
Musik. Hugo Hirsch

Leichtsinnig ist die Frau

die heute noch ihre Wäsche mit selbst-tätigen pulvrigen Waschmitteln misshandelt. Auch Seifenfloeken, die die Wäsche wohl schonen, aber grau und fleckig lassen, sind überholt.

Perflor, Flammer's D. R. P.
allein befriedigt restlos. — Es sind die einzigen selbsttätigen Seifenfloeken, die es gibt. Perflor ist mild, wie mildeste Seife, dennoch wäscht es nur durch einmaliges viertelstündiges Kochen schneeweiß, bleicht und nimmt jeden Fleck.

Patent 45 Hfl.

Perflor ist mild
Perflor ist sanft
Perflor ist milde
Perflor ist mild
Perflor ist mild

Perflor niemals heiß auflösen

Komische Oper
8 1/2 Uhr: Dir. James Klein 8 1/2
Die große Revue
Berlin ohne Hemd!
Abendlich 9 30 Uhr
Die sensationelle Einlage:
Satans Brautnacht!
Über 200 Mitwirkende!

Th. am Kurfürstendamm
8 1/2 Uhr: **Kavalier Jack**
Operette v. Carita v. Horst

Reichshallen-Theater
Vorletztes Gastspiel der
Dresdner Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr
Sonntag, 1. August:
Stettiner Sänger

Dönhoff-Brettel (Saal und Garten):
Varieté — Konzert — Tanz

Residenz-Theat.
8 1/2 Uhr:
Der Mustergatte
K. Fischer, W. Hens

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Olaf, Tragödie
eines Sportlers
Gartenbühne:
8 1/2 Uhr: Konzert
und Bunter Teil
8 Uhr: Försterchristi

Theater Königgrätz-Str.
Tschannenheid 2110
8 Uhr:
Der Garten Eden

Komödienhaus
Tel.: Norden 6304
8 Uhr:
Drei Mädel von heute
Operette von Hans May

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske
mit Illustrationen
von Willi Steinert
Preis 50 Pf. / Porto 5 Pf.
Vorrätig in allen
Vorwärts-Ausgabestellen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Richtung!
Am Dienstag, den 3. August
findet keine Sitzung der Mittleren
Ortsverwaltung statt.
Die Ortsverwaltung.

Zuckerkrank
Fragen Sie Ihren Arzt Ob. A. Siegers
Antidiabetikum und verlangen Sie kostenlos
diesbezügliche hochinteressante Schriften
durch Fr. Löw, Waldorf 8 27 (Hessen)

Der gute Kapitän-Kautabak
ist in den meisten Tabak-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 2061

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Krause-Pianos
ZUR Miete
Ansbacher Str. 1,
Eckherfordstraße

Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche
haben abzugeben
Gebr. Holzinger,
Tel.: Neukölln 4548/47

Dr. Bernard's Buchenerweine
gesetzlich geschützt. — Seit länger als 60 Jahren als
Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh,
Nusten, Asthma, Magen- und Darmkrankungen
Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körper-
gewichts! Besserung des Allgemeinbefindens.
Abnahme des Hustens.

Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine
Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.

Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke,
Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegründet 1858.
Bestandteile: Destillat des Buchenters 16, Alkohol 22,0,
Enzian 4,0, Pomeranzenschale 4,0, Weißw. 1,50, Sirup 45,0 p.

Stocklaternen
mit Licht u. Stock Dtd. 75 u. 90 Pf. Packeln
Dutzend 75 Pf., Lampen von 5 Pf. an.

Feuerwerk jeder Art, Sorti-
mente von 1 M. an
Bengalfeuer, 20, 30, 50 Pf. Wachsackeln,
Papierballons, Mützen, Dutzend von
20 Pfennig an. Alle Vereins-Sommer-
artikel sehr billig.

Seit 36 Jahren Markgrafenstr. 54 (an der Lindenstr.)

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

KONFEKTION FÜR ALLE

feder

Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlbg., Scharrenstr. 5

Elegante Damen- und Backfisch-Mäntel
Gummimäntel, Kleider, Kostüme
Herren-Gabardine-Anzüge und -Mäntel
Sport-Anzüge für Herren und Jünglinge

Alles in riesengroßer Auswahl
Kleinste Anzahlung!
Niedrigste Abzahlung!

AUF TEILZAHLUNG

Gewerkschaftsbewegung

Neuer Reichstarif der Herrenmaßschneider. Abwehr der Verschlechterungsforderungen der Unternehmer.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmaßschneider nahmen am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung in den Sophienböden zu dem Ergebnis der Reichstarifverhandlungen in Würzburg Stellung.

Nach den Ausführungen der Organisationsvertreter Lehmann und Faustmann, die den Schiedsspruch der Unparteiischen eingehend erläuterten, ist den Unternehmern die vollständige Umgestaltung des bisherigen Reichstarifvertrages, wie sie es in ihren mehr als 200 Abänderungsanträgen wünschten, nicht gelungen. Alle Verschlechterungsanträge abzuwehren, gelang allerdings nicht, zumal sich die Unternehmer für die Tarifkündigung die für sie günstigste Zeit des schlechtesten Geschäftsganges ausgesucht hatten. Mit Ausnahme des Garantielohnes, der beibehalten worden ist, konnte der Hauptvertrag in seiner alten Form gehalten werden. Es gelang sogar, einige Verbesserungen in ihn hineinzubringen.

Ergänzt das Arbeitszeitschema in Frage kommt, ist, abgesehen von der Schaffung einiger neuer Positionen, nur bei den Grundzeiten für Hosen eine Kürzung um eine halbe Stunde erfolgt. Bei den Extrarbeiten ist für eine Reihe von Positionen eine Stafflung eingetreten, jedoch bleibt es bei der Tarifklasse I und II bei den bisherigen Arbeitszeiten. Außerdem wurde der Begriff eines Sportfaktors näher kommentiert. Ueber die Sonderbestimmungen für Berlin, die über die Bestimmungen des Reichstarifvertrages hinausgehen, soll noch örtlich verhandelt werden. Genosse Lehmann empfahl der Versammlung die Annahme des Schiedsspruchs, was auch der Verbandsbeirat sowie die Verhandlungskommission und die Funktionäre beschlossen haben. Nach einer längeren Aussprache beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung die Annahme des Schiedsspruches.

Die Vorschläge der Bergarbeiter-Exekutive.

Annahme des Vermittlungsvorschlags der Bischöfe.

London, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive des Bergarbeiterverbandes stellte am Donnerstag den Bericht fertig, der der außerordentlichen Delegiertenversammlung am Freitag über die allgemeine Streikfrage vorgelegt werden wird. Aus den der Exekutive vorliegenden Situationsberichten sämtlicher Bergbauereviere geht hervor, daß nach wie vor, mit Ausnahme einer einzigen Zeche in Warwickshire und einer Grube in Mittelengland, der gesamte Bergbau stillliegt. Sämtliche übrigen Reviere melden, daß die Bergarbeiter unbedingt an der Verbandsdisziplin festhalten.

Die Exekutive beschloß, der Delegiertenkonferenz die Annahme des Memorandums der Bischöfe zu empfehlen. Der einzige strittige Punkt dieses Memorandums betrifft die Klausel, durch die sich die Exekutive bereit erklärt, sich einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen. Diese Bestimmung stößt auf eine gewisse Gegnerschaft unter der Masse der Bergarbeiter. Die Exekutive wird die Konferenz dahin aufklären, daß sich die vorgeschlagene Schiedsgerichtsbarkeit nicht auf die Arbeitszeit bezieht.

In einem Schreiben an eine kirchliche Organisation beklagt sich der Bischof von Leeds, der bei der jüngsten Aktion der Bischöfe

die führende Rolle gespielt hat, über die Behauptung des Sekretärs der Bergarbeiter Coak, die Bischöfe stünden völlig auf Seite der Exekutive der Bergarbeiter. Der Bischof weist darauf hin, daß das Eintreten der kirchlichen Organisationen für die Bergarbeiter nicht zugleich auch ein volles Einverständnis mit der Politik der Exekutive des Bergarbeiterverbandes bedeute.

Die Fraktion der Arbeiterpartei hat die Exekutive der Bergarbeiter nach der Delegiertenkonferenz zu einer gemeinsamen Be-

Ferien- und Reisezeit

Während der Ferien- und Reisezeit kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit unter 14 Tagen per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 42 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist jedoch erforderlich.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

sprechung eingeladen. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat beschlossen, der Bergarbeiterdelegation, die am Sonnabend nach Amerika abreist, ein Mitglied des Generalrats, den Genossen Ben Lillet, mitzugeben.

Unterstützungsfaktion für die englischen Bergarbeiter.

Die Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat an ihre Mitglieder einen Aufruf um finanzielle Unterstützung der britischen Bergarbeiter und ihrer Familien gerichtet. Das Exekutivkomitee betont, daß es sich bei seiner Aktion von rein menschlichen Motiven leiten läßt und das Geld ausschließlich für Speisungs- und Bekleidungsbedürfnisse usw. der Bergarbeiterfamilien bestimmt ist.

Die Internationale Sommerschule des IGB.

Am 19. Juli wurde in der belgischen Arbeiterhochschule in Iccle (bei Brüssel) die diesjährige Sommerschule des IGB. eröffnet. Trotzdem es leider nicht möglich war, die große Zahl der Anmeldungen voll zu berücksichtigen, ist es dank der Bemühungen des Direktors der Arbeiterhochschule, Genossen L. Delsinne, gelungen, im Institut selbst sowie in nahegelegenen Hotels 68 Schüler folgender Nationalitäten unterzubringen: Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Holland, Japan, Österreich, Schweden, Spanien und Tschechoslowakei. Der Unterricht konzentriert sich hauptsächlich auf ein gründliches Studium der Gewerkschafts-, Genossenschafts- sowie der politischen Bewegung Belgiens. Die Genossen Mertens, Generalsekretär der belgischen

Gewerkschaftskommission, de Brouckere, Mitglied der Exekutive der belgischen Gewerkschaftskommission und L. Delsinne teilten sich in die Aufgabe der umfassenden Behandlung der belgischen Arbeiterbewegung. Diese Vorträge werden ergänzt durch äußerst interessante Exkursionen nach den wichtigsten Industriezentren sowie die Besichtigung der vorbildlich eingerichteten Volkshäuser und genossenschaftlichen Betriebe der wichtigsten Städte Belgiens.

Im Namen des Generalrats des Britischen Gewerkschaftsbundes begrüßte J. M. Bowen die Sommerschule. Einem speziellen Wunsch folgend, hielt Genosse Bowen einen interessanten Vortrag über die Vorgeschichte des Generalstreiks in England. Ferner sind Vorträge über die Gewerkschaftsbewegung verschiedener Länder, die internationale Bewegung sowie die Probleme des ferneren Ostens vorgelesen.

Da die belgische Arbeiterhochschule inmitten prächtiger Parkanlagen gelegen und in jeder Beziehung vorzüglich eingerichtet ist, ist ein übriges getan, um einen äußerst erfolgreichen Verlauf der Sommerschule zu gewährleisten.

Die Knappschaftswahlen.

Nur für Angestellte. — Einheitsliste der Arbeiter.

Bochum, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund des neuen ReichsKnappschaftsgesetzes vom 1. Juli 1926 müssen die Organe der Knappschaft neugebildet werden. Eine Neuwahl der Ältesten selbst braucht nicht zu erfolgen. Neu gewählt werden nur die Vertreter in die Bezirksversammlung, den Bezirksamtsrat, die Hauptversammlung und den Hauptvorstand. Die Vorschlagsliste zur Wahl der Vertreter in die Bezirksversammlung mußte bereits am 28. Juli eingereicht sein. Die Wahl der Vertreter zur Bezirksversammlung, der Arbeiterabteilung, braucht in der Ruhrknappschaft nicht stattzufinden, da der Bergarbeiterverband und der Gewerksverein eine gemeinsame Liste einreichten und weitere Vorschlagslisten nicht vorlagen. Von den 36 Arbeitervertretern der Bezirksversammlung der Ruhrknappschaft wird der Bergarbeiterverband 24 erhalten und der Christliche Gewerksverein 12. Nach diesem Verhältnis wird sich auch der spätere Bezirksamtsrat zusammensetzen. In der Angestelltenabteilung wird eine Wahl stattfinden müssen, weil mehrere Listen eingereicht worden sind.

Achtung, Bauarbeiter! In dieser Woche ist auf jeder Baustelle, selbst der kleinsten, der Berichtsbogen auszufüllen. Keine Baustelle darf ausgelassen werden. Für die Baustellen, die noch ohne Berichtsbogen sind, ist durch den Baudelegierten oder den Organisationsvertrauensmann persönlich oder schriftlich der Berichtsbogen vom Bureau, Engelfufer 24/25, abzufragen. Lückenlose und gründliche Berichterstattung ist unbedingt erforderlich.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin.
Der Vorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr tagen die Gruppen: Hermannplatz; Jugendheim Ganderstr. 11, 62a Holzschlittenstr. 16, Kottbuscherstr. 16, Hedding; Jugendheim Gerlichstr. 66-68. Vortrag: „Die soziale Frage“. — Oberkasseler; Jugendheim Kaufener Str. 2 (Nater Soal). Besprechung des August-Programms. Anschließende Diskussion: „Wie stehen wir zur Rinde?“

Jugendgruppe des IGB. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr finden folgende Veranstaltungen statt: **Wkt. Dänemark:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 4). Vortrag: „Englische Wirtschaftskrise und der deutsche Bergbau“. — **Wkt. Schweden:** Jugendheim Reichensberger Str. 68. Vortrag: „Internationale Gewerkschaftsarbeit“. — **Wkt. Südböhmischer Jugendheim:** Belle-Alliance-Str. 7-10. Profanische Diskussion. — **Wkt. Spanien:** Jugendheim Lindenauer 1. Dichtabend: Adolf Glöckner.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Sie sparen

wenn Sie jetzt in der Nach-Saison kaufen. Sie werden ganz besonders gut bedient und haben Gelegenheit, Ihre Auswahl in Ruhe zu treffen. Trotz steigender Tendenz am Rohhäutemarkt fabelhaft billig!



Damen-Lack-Spangenschuhe
moderne Form, amerikanischer Absatz

Braun Rindbox-Spangenschuhe Gr. 35/36 7,50, Gr. 37-38 8,90, Gr. 39-40 10,25



Blonde Damen-Opanken
bequemer Absatz, leicht und angenehm im Tragen



Braun Masibox-Herren-Schnürschuhe mod. sportive Form, weiss gedopp.
Braun Rindbox-Damen-Haierlschuhe der ideale Wanderschuh



Schwarz Rindb.-Herren-Sportstiefel Doppels., wasserlichtes Futter, Staubiasche
Prima braun Rindbox-Herren-Schnürstiefel mod. Form, weiss gedopp.

Dirndlschlüpfer mit Kordalschle	Größen 36-42	90 Pf.
Weisse Badeschuhe mit Gummisohlen, Gr. 42-46 1,40, 21-25 1,10, 26-30 0,90, 31-35 0,70		1 25
Braun Rindleder-Sandalen einsohlig, 23-25 3,50		2 95
Braun Rindleder-Sandalen doppelschlig, 44-46 6,90, 36-42 5,90, 31-35 4,90, 28-30		4 25
1a Braun Fettindleder-Tourenstiefel Doppelsohlen, wasserlichtes Futter, Staubiasche, für Herren 17,50		16 50

Reiser

Das größte Schuh-Spezialhaus mit der größten Auswahl Berlins.

